

Die Panzerknackerin

Neues vom Kampf gegen Krieg & Militarisation

#07

mit enorm vielen sich über die Monate angesammelten Aktionen, einem langen Text zu Verbindungskommandos & Gefechtsübungsplatz, einem Interview zur DHL-Kampagne, Neues vom EU-Militarisierungsvertrag von Lissabon und und und, und fertig.

Berichte von antimilitaristischen Initiativen auf der Strasse und ihren FreundInnen in aller Welt

Erster Sieg gegen CIMIC

Was hat es nun gewuppt, den Ausstieg von DHL? Der direkte, durch Farbbesudelungen und Brandanschläge verursachte Schaden oder die Imagebeschmutzung? Schwer zu sagen. Festzustellen ist, dass die Kampagne es trotz Vorbehalten in den eigenen Reihen schaffte, die inhaltlichen Zusammenhänge rüberzubringen, obwohl sie in erster Linie eine militante Kampagne war. Sie konnte zwar auf das wachsende Interesse in der autonomen Szene bauen, nicht aber auf eine breite antimilitaristische Bewegung.

Auch wenn es sich bisher eher um einzelne Initiativen als um eine Bewegung handelt – gegen Rekrutierung, gegen das Abfeiern des Militarismus auf Gelöbnissen oder die Vernetzung der Sicherheitsbehörden auf SIKO, Polizeikongressen & allen möglichen anderen Treffen – reichte die Resonanz im Zusammenspiel mit steigenden Kosten und schlechter Presse für den Konzern aus, den Ausstieg zu bewirken. Vielleicht ist es nach diesem Erfolg an der Zeit, nun zusätzlich zu den Konzernen die Verbandelung der Behörden mit der Armee zu thematisieren. Im längeren Text aus Hannover werden die gemeinsamen Büros von Verwaltung und Militär vorgestellt, die neuerdings landesweit in Rathäusern und Landratsämtern eingerichtet werden.

Dass die Militarisation hierzulande wie in Europa voranschreitet, daran dürfte heute kein Zweifel mehr bestehen. Waren es vor kurzem nur einige Terrorverdächtige, die mit Säcken über dem Kopf präsentiert an Bilder von Kriegsgefangenen erinnerten, so hatte die dänische Regierung beim Klimagipfel in Kopenhagen nicht das geringste Problem mehr, fast 2000 Leute präventiv festzunehmen - und in von den Cops leicht kontrollier- & abarbeitbarer Demutshaltung in Reihen auf die kalte Strasse zu setzen.

Schon bei Unterzeichnung des Maastricht Abkommens 1997 war die EU so weit, 800 DemonstrantInnen für 4 Tage in den Knast zu stecken - bereits damals übrigens unter Anwendung eines Antiterrorismusgesetzes, was später für illegal erklärt wurde. Heute gibt es die passenden Gesetze dafür.

Tausend Gründe sich dem Zivil Militärisch Industriellen Komplex entgegenzustellen – mit Steinen, Kunstblut, Feuer und Fantasie! Auf dass auch die nächste Panzerknackerin zum Bersten voll sich fülle. Adelante!

DHL zieht Auftrag zurück!

22. November 2009

Das Milliardenprojekt der Privatisierung der logistischen Versorgung der BW in ihren weltweiten Kriegseinsätzen könnte kippen. Kurz vor Ablauf der Angebotsfrist am 30. November berichtet die Financial Times Dtl »DHL habe dem Verteidigungsministerium mitgeteilt, dass die Post-Tochter kein Angebot für die Bundeswehrlogistik abgeben werde. Die finanziellen Rahmenbedingungen seien nicht interessant genug.« In dem Bericht ist zwar nicht explizit die Rede von den andauernden Aktionen, die seit dem Bekanntwerden der anstehenden Bewerbung mit unterschiedlichen Mitteln gegen DHL durchgeführt werden. Doch analysiert FTD messerscharf: »Der Ausstieg von DHL ist ein Indiz für die Unwägbarkeiten des Auftrags.«



Für den Auftrag sind jetzt noch zwei Bieterpärchen im Rennen: Der Rüstungskonzern EADS plus Logistikunternehmen Hellmann sowie die Bahn-Tochter Schenker plus dem Rüstungsspezialunternehmen ESG.

DHL ist damit nicht komplett raus aus der antimilitaristischen Kritik: Sie bleibt weiter Deutsche Heeres Logistik bei Feldpost und Päckchen unter 50 kg.

[dhl.blogsport.de]

Schottland: Gegen NATO-Parlamentstagung

13. November 2009 - Edinburgh

Zahlen sind nicht alles, und bis vor kurzem wussten die meisten nicht mal, dass es die Parlamentarische Versammlung der NATO überhaupt gibt. Dennoch war die geringe Beteiligung an den Protesten in Edinburgh etwas frustrierend. Die 50 Leute, die zum Kongresscenter zogen, konnten nicht viel reißen. Aber dann klappte doch noch was: Am letzten Tag des NATO-Treffens gelingt es AktivistInnen von Trident Ploughshares

- Schwerter zu Pflugscharen - den Eingang des Zentrums für eine Viertelstunde zu blockieren. Sie fordern u.a. ein sofortiges Moratorium für Drohnen & Luftangriffe, ein Ende des Krieges sowie langfristig die Auflösung der NATO. Bevor 6 von ihnen festgenommen werden, verlesen sie laut die Namen von afghanischen ZivilistInnen, die seit Kriegsbeginn getötet wurden.

Zum Auftakt der NATO Tagung waren zehn Scheiben der Waffenfirma Selex von FTWC, der Fuck The War Coalition, eingeschlagen worden. Selex Galileo produziert HighTech-Systeme für Zielerkennung, elektronische Kriegsführung und Grenzüberwachung. Sie gehört zum italienischen Rüstungskonzern Finmeccanica.

[natowc.noflag.org.uk]

Hannover: Sommerbiwak direkt & indirekt gestört

August 2009

Bereits mehr als 10 Tage vor dem verhassten Militärintegrationsspektakel versuchen AntimilitaristInnen den Rosen-Pavillion im Stadtpark, in dem sich das Ganze abspielt, mit Hilfe eines Benzinkanisters anzuzünden. Wenige Tage später findet eine Hausdurchsuchung in der WG eines bekannten Antimilitaristen statt. Auf der Soli-Demo, die daraufhin mit 200 Menschen durch die City von Hannover zieht, wird klargestellt: Kriminell sind die, die Kriege führen & nicht der antimilitaristische Widerstand! Der von der Razzia Betroffene antwortet mit einem Zitat von Brecht:

»Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, & sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten nicht die Hände zerschlagen werden.«

Zwei Tage nach dem missglückten Versuch im Park werden 8 Soldatendenkmäler rosa angemalt - gegen Militär, Heldentum und normierende Geschlechterrollen.

Am 28. August schließlich ziehen rund 400 AntimilitaristInnen zur Störung des Festes. Die anreisenden Gäste werden angepöbeln, beschimpft & belästigt, tote Puppen und Leichteile pflastern ihren Weg. Ein Papppanzer (und zahlreiche Bullen) werden rot gesprenkelt. Erstmals gelingt es innerhalb des Stadtparks aktiv zu werden.

Zwei Antimilitaristinnen entrollen nach der Rede des Kommandanten ein Transparent: »Kein Frieden mit der BW. Hannover & die Panzerdivision gemeinsam für Krieg, Folter und Vergewaltigung«. Die beiden werden zu Boden gerissen. Darauf verspritzt eine weitere Aktivistin rote Farbe vor der Bühne während der Rede der Stadtchefs. Auch sie entgeht den Häschern nicht. Die 3 sehen ihre Aktion trotzdem als Erfolg, denn es gehe schließlich darum, der Dame mit Hut & dem Herrn im Frack zu zeigen, dass sie überall angreifbar sind.

Es kamen zwar nicht mehr Menschen als in den vergangenen Jahren, so die Bilanz der zu den Protesten Aufrufenden, & weniger aus dem friedensbewegten Lager, was diskutiert werden müsse. Dass mehr direkte Aktionen stattfänden & es trotz Aufregung um Pavillion & Hausdurchsuchung nicht zu einer Spaltung kam, wird allerdings positiv gewertet & die Hoffnung ist gross, die BW aus dem Stadtpark zu drängen.

Als Bürgermeister Strauch am 1.9. gar eine Rede zum Antikriegstag halten will, bricht sich der Unmut über diese Provokation in einer Störaktion einer Veranstaltung Bahn, die an den Überfall auf Polen vor 70 Jahren erinnern soll. Die Protestierenden überführen den Bürgermeister auf Transparenten der Heuchelei, hundert Schnippsel regnen herab, immer wieder wird seine Rede lautstark unterbrochen. Als er endlich endet, gehen die AntimilitaristInnen.

[antimilitarismus.blogspot.de]

London: Entwaffnet DSEI!

6.-11. September 2009

Farbbeutel und eingeschlagene Scheiben markierten den Start der weltweit größten Waffenmesse Defence Systems Equipment International. Im Visier der AntikrieglerInnen: Die zentralen Finanziere des Krieges. Barclays, die 7.3 Milliarden Pfund in Aktien von Rüstungsfirmen wie EADS, Lockheed Martin & Raytheon halten, die Royal Bank of Scotland, die britische Waffenschmied mit Krediten versorgt (u.a. für die Produktion von Streubomben und Uranmunition) oder auch die britische Telecom, die über 59 Millionen in bombigen Anteilen besitzt.

Eine Sprecherin der Kampagne dazu: »Die Schäden sind nichts im Vergleich zur Zerstörung die britische Waffen weltweit anrichten. Der einzige Weg, diese Konzerne vom Waffenhandel abzubringen ist es, sie ökonomisch zu treffen. Die heutige Aktion ist Teil der wachsenden Bewegung direkter Aktionen gegen Händler des Todes & das Geld, das hinter ihnen steht.«

[dsei.org]

Abrüstung von unten I

Berlin: 2 BW-Reisebusse stehen (fast) in Flammen

13. November 2009

Am Freitag den 13. versuchen einige AntimilitaristInnen einen in Mitte abgestellten Reisebus der BW per Feuerzeug aus dem Krieg zu nehmen. Zufällig vorbeifahrende Zivi-Cops löschten die beiden brennenden Reifen des armeegrünen Gefährts.

Bereits am 11. September war ein Bus der BW am Alexanderplatz in Solidarität »mit den drei Unglücksrabben, die wegen angeblicher mg-Mitgliedschaft verurteilt werden sollen...« angezündet worden. Die Polizei löschte auch diesmal die Flammen, bevor größerer Sachschaden entstehen konnte.

USA: Black is back

7. November 2009 - Washington DC

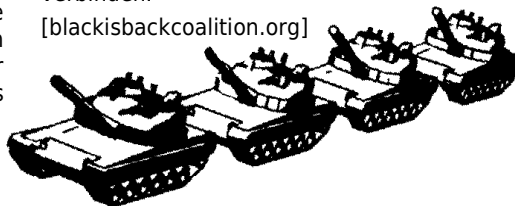
200 Leute ziehen als Demo vom Malcolm X Park los gegen Krieg. »Wir wollen nicht, dass der Präsident den Krieg nach Afghanistan verlegt. Wir sind gekommen, um zu Obama zu sagen: Beende den Krieg im Irak, beende den Krieg in Afghanistan, beende den Krieg in Pakistan.«

Dabei blieben die Beiträge nicht stehen. Zu klar ist, dass sich die Situation der Schwarzen in den USA nicht ändern wird. »Obama ist weiße Macht mit schwarzem Gesicht«. Sein Amtsantritt hat sozial nichts bewegt: Gentrifizierung, Zwangsräumungen, Armut, massenhaftes Wegsperrern & Polizeigewalt sind nach wie vor Alltag in vielen schwarzen Communities in den USA.



Die Black is Back Coalition, darunter sind neben FriedensaktivistInnen auch frühere Black Panthers, will die soziale Segregation nicht länger hinnehmen und hat soziale Gerechtigkeit, Frieden & Reparationen auf ihr Fahnen geschrieben. Kürzlich hatte der Kongress zwar eine Entschuldigung für die Sklaverei verabschiedet, im gleichen Atemzug jedoch untersagt, mit dieser Entschuldigung Schadensanspruchsforderungen zu verbinden.

[blackisbackcoalition.org]



Abrüstung von unten II

Berlin: Drei Fahrzeuge von Imtech abgefackelt

17. & 26. Oktober 2009

Nachdem drei Antimilitaristen wegen eines Brandanschlages auf BW-Fahrzeuge und Mitgliedschaft in der militanten Gruppe zu zweimal 3½ und einmal 3 Jahren Gefängnis verurteilt wurden brannten in zwei Nächten drei Transporter der Rüstungsfirma ab. Aus der Erklärung zu den ersten beiden:



Unfriedly fire im Berliner Heimathafen

In der Nacht zum 17. Oktober haben wir in der Dresdener & der Rigaer Str. jeweils einen Transporter von Imtech angezündet.

Egal auf welchen Meeren Kriegsschiffe der BW das Feuer eröffnen, ob auf somalische Piraten, somalische Fischer oder Flüchtlingsboote, Technik von Imtech ist immer dabei. Die Imtech GmbH entstand 2002 aus einem Zusammenschluss der Firma ROM und der Firma Rheinelektra Technik. ROM wurde 1958 in Hamburg als Heizungs-firma ge-gründet. In einer Anzeige von 1978 behauptet ROM, man sei »seit 1917 ununterbrochen für deutsche Soldaten und ausländische Werften im Marineschiffbau tätig«. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde ROM als ehemaliger Rüstungsbetrieb auf die Demontageliste gesetzt; es erfolgte aber nur eine Teildemonatage. Während ROM in den 70er Jahren noch offensiv mit seinen wehrtechnischen Aktivitäten beim Kriegsschiffbau warb, hat das Unternehmen später über diese nicht mehr viel hören lassen.

Seit 1992 ist die auf Schiffskältemaschinen spezialisierte VSG eine 100prozentige Tochter von ROM. Die VSG hat für die MEKO-Exportfregatten von Blohm+Voss eine neue Generation sog. Kaltwassersätze entwickelt. Jede MEKO 360 (geliefert an Nigeria & Argentinien) erhielt 38 Airconditioning- und Kühlanlagen von VSG; einige davon für die Munitionskammern. Schiffskälteanlagen wird ROM auch zum Bau der Fregatten-Klasse 124 beisteuern. Eine Firma der Imtech-Gruppe, die Imtech Marine Offshore BV, hilft bei der Ausrüstung deutscher, britischer, niederländischer, polnischer, singapurischer und indonesischer Kriegsschiffe.

DIE PANZERKNACKERIN berichtet über aktive Bemühungen antimilitaristischer Gruppen gegen Krieg, Besatzung und Vertreibung. Über direkte Aktionen gegen Kriegsmaschinerie und Rekrutierung. Gegen das Morden durch die Abschottung der Grenzen, gegen Aufrüstung und Ausbau von Polizei und Gefängnissen. Gegen den Einzug der Kriegslogik in unser aller Alltag und die allgemeine Kriminalisierung der Sozialen Frage. Für eine Perspektive jenseits der tödlichen kapitalistischen Zustände. Ohne Gerechtigkeit wird es keinen Frieden geben. **We gotta fight the power for peace!**

[panzerknackerin@so36.net / online zu Gast bei: bundeswehr-wegtreten.org]

Imtech verhalf der New Yorker Polizei zu einem »Real Time Crime Center«. Auf einem riesigen Bildschirm können sich die Beamten in Echtzeit Videos öffentlicher Plätze anschauen & mit Verwaltungsdaten abgleichen. »Das Zentrum wird hochentwickelte Informationstechnologien einsetzen, um entstehende Kriminalität schnell zu identifizieren und zu beenden«, sagt New Yorks Bürgermeister.

Wir haben unsere Aktion gegen die Imtech Fahrzeuge anlässlich des Urteils im mg-Prozess durchgeführt und dabei nicht beachtet, dass es in der Rigaer Str. gleichzeitig eine Party gab. Für die Unannehmlichkeiten durch den von uns ausgelösten Polizeieinsatz entschuldigen wir uns. Grüße an jene, die (laut Polizeifunk) eine der marodierenden Gruppenstreifen in der Straße angegriffen haben. [...]

Autonome Gruppen«

Bereits 2006 waren zwei LKW der eher unscheinbaren Firma von der Militanten Antimilitaristischen Initiative M.A.M.I. mit Feuer in Hamburg angegriffen worden.



Die Technik-Firma arbeitet unter anderem für DB und BW und unterhält mehr als 60 Niederlassungen bundesweit. Seit August 09 rüstet sie Schiffe der deutschen Marine mit klimatechnischen Systemen aus. Zwei neue britische Flugzeugträger werden mit Technik von Imtech ausgestattet, ebenso die polnische Marine.

[directaction.blogspot.com]

Manchester: Kampagne gegen Brimar gestartet

17. Oktober 2009

Mit einer Demonstration zur Fabrik beginnt eine Kampagne gegen den Hersteller von Bildschirmen und Displays, die u.a. für die Zielvorrichtungen in Panzern & Helikoptern bestimmt sind. Piloten israelischer Apache Helikopter in Gaza, US Marines in Panzern in Fallujah, britische Piloten in Afghanistan, US Kampfflieger im Irak - sie alle zielen & feuern ihre Waffen mit Hilfe von Displays, die Brimar in Chadderton baut.

[targetbrimar.org.uk]

Der Protest wurde überschattet von der Festnahme dreier Antimilitaristen, gegen die im EDO-Verfahren ermittelt wird. Um ihre Solidarität mit Target Brimar zu zeigen waren sie trotz drakonischer polizeilicher Auflagen zur Demo gekommen - die Festnahme wurde entsprechend begründet: Sie hätten trotz Verbot miteinander geredet! Die Brimar-Demo zog zur Polizeiwache. Hier wurde ihnen gesagt, die drei würden zur Anhörung nach Brighton transportiert - von der Security Firma Group 4, die ebenfalls dick drin ist im Kriegsgeschäft.

Die Kampagne Target Brimar erklärt ihre Solidarität und ihren Respekt für die Aktion der »Decommissioners«, die im Januar 09 ins Werks des Bombenausklinkemechanismenherstellers EDO eindrang und Material im Wert von 300.000 £ zerstörte. Die Verhandlung wird voraussichtlich am 17. Mai 2010 stattfinden. Zu diesem Zeitpunkt wird einer der Angeklagten, Elijah Smith, seit 16 Monaten in U-Haft sitzen. In der Vergangenheit waren AntimilitaristInnen in UK für das Unbrauchbarmachen von Kriegsgerät mehrfach freigesprochen worden.



[decommissioners.co.uk]

Waltrop: Jung von Clowns vor Touristen beschützt

24. August 2009

Nirgends konnte der verflozene Kriegsmi-nister mehr hin, ohne Stress zu kriegen. Im kleinen Dorf Waltrop bei Dortmund allerdings konnte er sich sicher fühlen: Clowns sicherten das Terrain, wurden aber von der offenbar nicht eingeweihten Polizei verulkt und weggeschickt. Na ja, nu is er eh wech.

Bremen: »Blutiger Tisch« an OHB verliehen

27. August 2009

Während der Akademische Rat dem Vorstandspaar Fuchs vom Satellitenbauer OHB für Verdienste um Stadt und Uni die Ehrenbürgerschaft anträgt, wird ihnen vorm Rathaus ein Schreibtischtäterschreibtisch verliehen: Für den Bau des SAR-Lupe Radarsatellitensystems für die BW, der auch die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX mit Aufklärungsdaten über Fluchtrouten im Mittelmeer versorgt - und damit direkt am Krieg gegen Flüchtlinge verdient.



Leider wollen Manni und Christa Fuchs den Preis nicht persönlich entgegennehmen & fliehen in Richtung Hinterausgang. Und so findet die Auszeichnung vor der Tür des Unternehmens ihren Platz.

Ein weiterer Grund, OHB im Auge zu behalten: Gemeinsam mit SSTL hat die Firma den Zuschlag für das europäische Satellitenprogramm Galilei erhalten. Der Auftrag beinhaltet den Bau von mindestens acht Satelliten, mit denen die EU unabhängig werden will vom GPS der US-Armee.

Düsseldorf: BW wird auf Berufsmesse tötlich

28. August 2009

Messebetreiber, Aussteller und Polizei sind schnell bei der Hand, den Protest der etwa 20 AntimilitaristInnen auf der Berufsmesse »Chancen im Rheinland« mit Faustschlägen zu beenden. Davon will sich das Aktionsbündnis gegen Militarismus und Krieg nicht unterkriegen lassen. Sie fordern den sofortigen Abzug aller deutschen Soldaten aus dem Ausland und die Auflösung der BW.

Berlin: KriegsfreundInnen nicht willkommen

20. August 2009

Er hatte sich das Abschlussessen seiner »Sicherheitspolitischen Informationsfahrt« mit Sicherheit ganz anders vorgestellt. Der Freundeskreis des 33. Panzerbattalions im Kindl-Biersalon am Kuhdamm wurde laut-hals geschmäht: Der Bundeswehr müsse das Rückgrat gebrochen und nicht gestärkt werden, und überhaupt: »Der Bundeswehr nur Schimpf & Schand, es gibt kein ruhiges Hinterland«

Köln: Kriegskutter lackiert

28. August 2009

Schön sollte es aussehen zum 100. Jahrestag der Patenschaft der Stadt Köln mit dem 1914 gesunkenen Kriegskreuzer »Cöln I«. In blutiges Rot getaucht wurde das übrig gebliebene Beiboot nach langer Restauration vom Freundeskreis »Schiffe versenken«.

Alles andere als heroisch ist die Geschichte der mittlerweile 5 »Köln« Kriegsschiffe: Das erste riss 484 Menschen in den Tod - keine Helden, sondern Rädchen im Getriebe des deutschen Angriffskrieges. In der Nazi-Zeit griff die »Köln III« auf Seiten von Franco in den Spanischen Bürgerkrieg ein. Heute ist die »Köln V« am Horn von Afrika eingesetzt.

»Gedacht werden sollte weder irgendwelchen Helden noch der deutschen Kriegsmarine, sondern vielmehr den Matrosen, die mit ihrem Aufstand 1918 dazu beitrugen, den Krieg, der für Krupp & Co geführt wurde, zu beenden.«



Manche versuchten es schon früher: Am 5. September 1917 wurden Max Reichpietsch und Albin Köbis in der Kaserne Köln-Wahn für Hauptträdelsführerschaft bei der Meuterei der Kriegsflotte August 1917 ermordet.

Göttingen: Radtour gegen Militarisierung

19. September 2009

Es gibt in der Stadt zwar seit 1994 keine Kaserne mehr, aber da sich die Militarisierung der Gesellschaft beständig ausweitet, werden Orte besucht, an denen die zivil-militärische Zusammenarbeit besonders augenfällig ist. So fuhren 20 Polit-RadlerInnen in strahlender Herbstsonne vom Weltkriegsdenkmal zum Hygieneinstitut der Uni, wo Prof. Hufert für die Bundeswehr Virenschnelltests und allgemein wehrmedizinische Forschungen betreibt, um Soldaten in tropischen Gebieten effektiver einsetzen zu können.

Die Commerzbank wurde wegen des Celler Trialogs als Ausflugsziel aufgenommen, einer Konferenz, auf der sich die Eliten aus Militär, Politik und Privatwirtschaft koordinieren und besser kennenlernen sollen.

Nächster Stop war die BBS, Berufsbildende Schule I. Auch wenn die Bundeswehr in Göttingen nicht mehr mit Infomobilen aufkreuzt, sind doch weitere Rekrutierungsaktivitäten geplant, etwa auf der GöBit 2010. Nächster Halt ist das Denkmal für die mordenden Kolonialtruppen. Der Bronzeadler ist schon lange nicht mehr an seinem Platz & die Reste der zertrümmerten Inschrift werden von einer Plexiglasscheibe geschützt.

Bei der Kreisverwaltung weist die rollende Demo auf die Einrichtung von militärischen Verbindungskommandos hin. Bei Krisen aller Art von Hochwasser bis Aufstandsbe-kämpfung, wird die Bundeswehr in Zukunft die Einsätze mit Reservisten und Militär-technik entscheidend mitbestimmen.

Die Lokalzeitung Göttinger Tageblatt ist nicht nur geübt im verschweigen antimilitaristischer Aktionen, sie finanzieren auch in jedem Jahr ein Konzert mit dem Heeresmusikcorps. Der Verlag Mauritz & Grewe umwirbt die Bundeswehr mit kostenlosen Anzeigen.

Die Reise geht weiter zur Hauptpost am Bahnhof, gegen die Bewerbung von DHL auf Lagerung & Transport von Waffen und Material für die Bundeswehr ist hier schon häufiger demonstriert worden. Letzter Stop ist DLR, das Deutsche Zentrum für Luft & Raumfahrt, das für Wehrtechnikforschung & Dual-Use-Strategie

bekannt ist. Dann gabs Kaffee & Kuchen im guten alten Juzl.



Berlin: Post-Autos on fire

27. Oktober & 1. November 2009

Mit einem neben die Wagen geschobenen Müllcontainer wird die Reihe brennender DHL & Post Autos fortgesetzt. Diesmal sind es vier gelbe Hörnchen, die in der Bilanz des Kriegsgewinners als Verlust zu Buche schlagen. Wenige Tage später, am 1.11., brennt ein weiterer LKW von DHL, diesmal in Französisch Buchholz im Bezirk Pankow.



Plön: Glasbruch, Farbe & Kundgebung gegen DHL

9 & 11. September 2009

Im Rahmen vielfältiger Aktionen gegen das Global Economic Symposium GES in Plön gingen beim Kriegslogistiker DHL Scheiben zu Bruch, Farbe flog gleich hinterdrein. An dieser Stelle führte zwei Tage später eine Kundgebung vorbei, die speziell die Profitschaffung durch Beteiligung an Kriegen ins Blickfeld rückte und das alternative Image des GES, deren Hauptsponsoren die Post oder BASF sind, demontierte.

Darmstadt: Farbe gegen zwei Postfilialen

4. & 17. September 2009

Die Wut auf das Geschäft mit dem Krieg steigt. Deshalb wurde im Zuge der Aktionstage »Kapitalismus tötet« ein Großteil der Briefkästen in der Darmstädter Innenstadt & umliegenden Vierteln olivgrün besprüht und mit Aufklebern versehen. Am 4.9. nun wurde die Filiale Luisenstr. und knapp zwei Wochen später die Post am Hauptbahnhof mit Farbbomben eingedeckt: Geldautomat, Fassade und Fenster werden scheckig und dreckig.

Berlin: Post für die Post

16. Oktober 2009

In der Nacht werden an 8 Filialen der Post Schlösser verklebt und Plakate hinterlassen. Diese richten sich an die Beschäftigten der Post und thematisieren die Geschäfte mit dem Krieg von DHL und dokumentieren Aktionen der Vergangenheit. Sie fordern die Angestellten aus sich zu positionieren und aktiv zu werden, weil diese es vielleicht »auch scheiße finden, dass die Deutsche Post / DHL ihr Geld mit dem Leid anderer Menschen verdient.«.

Magdeburg: Paketstation von DHL sabotiert

1. Dezember 2009

Anlässlich des internationalen Aktionstages gegen den COP15 wurden in der Nacht auf den 1. Dezember alle DHL Paketstationen in Magdeburg sabotiert. Sie wurden mit Sprüchen wie »Deutsche Heeres Logistik sabotieren!« versehen und durch zerstören der Displays effektiv kaputt gespielt.

Berlin: Postbank geditscht

8. November 2009

In der Postbank Edisonstraße 63 in Oberschöneweide (Treptow) wurde am Wochenende ein Geldautomat & ein Briefmarkenautomat zerstört.

Erfurt: DHL angegriffen

19. November 2009

Einiges los am Wochenende: Am Samstag wurden zwei Paketstationen beschädigt & mit Parolen (»Entmilitarisiert«) besprüht. Zudem wurden vor Ort Flyer hinterlassen, in denen sich die VerfasserInnen mit den Angeklagten im Berliner mg-Verfahren solidarisieren und »all denen, die Abrüstung praktisch betreiben, hier und überall.«. Im Flugblatt heißt es weiter: »Wenn nicht abgerüstet wird, tun wir es selber.« Am Sonntag darauf brannten dann vor einer Filiale der Post zwei Transporter. Die Feuerwehr löschte aus drei C-Rohren, mit 4000 Liter Wasser. Dennoch entstand an beiden Fahrzeugen Totalschaden. Zudem wurden Fenster des Gebäudes durch die Hitzeentwicklung zerstört.



Bremen: Post olivgrün

16. Oktober 2009

Zum Aktionstag zur Urteilsverkündung im mg-Prozess streichen Unbekannte Briefkästen und Paketstation im »viel besser passenden« olivgrün an. »Dass Post & DHL schon seit Jahren als internationale Transporteure von Kriegslogistik für BW und US-Militär Geld verdienen, kann den Menschen jetzt optisch besser vermittelt werden.«

Für eine offensive Kampagne gegen das militärische Engagement von Post & DHL - Comprehensive Resistance!



DHL-Kampagnen-Interview:

Auch wenn DHL ihre Bewerbung für den Großauftrag der BW-Logistik-Privatisierung mittlerweile zurückgezogen hat, so gibt es weiter viele Gründe für antimilitaristische Kritik. Sei es die Feldpostbeförderung für BW und US-Armee (die mit alten Antonovs schon seit 2003 Briefe in den Irak fliegt) oder den alten Vertrag mit der BW über Sendungen bis zu 50 kg. Das [im Sommer geführte] Interview geht auf einige Punkte ein, die auch nach dem Teilausstieg von Deutscher Post und DHL relevant bleiben.

Wir wollen die Rolle der Post als Militärlogistiker skandalisieren

Frage: Seit Herbst 2008 gibt es eine Kampagne gegen den Logistikkonzern Deutsche Post DHL. Warum?

Antwort: DHL & Deutsche Post AG sind seit 2003 für das US-Militär im Irak und auch für die BW in Afghanistan unterwegs. Sie transportieren Material, das für die imperialistische Kriegsführung notwendig ist, von Feldpost zu mörderischen Rüstungsgütern [...] Die Kampagne soll diese Rolle des multinationalen Konzerns als Kriegslogistiker skandalisieren. Gleichzeitig wird die zunehmende Militarisierung des Zivilen thematisiert und kritisiert. Die Kampagne hat als Ausgangspunkt die Erkenntnis, dass militärisch durchgesetzte weltweite Interessen keine Außenpolitik sind. Krieg hinterlässt nicht nur Spuren in der Gesellschaft, von der er ausgeht, sondern setzt auch die Zurichtung der sog. zivilen Gesellschaft auf die militärischen Erfordernisse voraus. Die zivil-militärische Zusammenarbeit und Verquickung folgt dabei nicht nur ökonomischen Interessen, z.B. eben von der Deutschen Post mit der Militärlogistik große Gewinne einzufahren. Sie ist auch strategisch bestimmt.

Wie läuft die Kampagne?

Es gibt inzwischen zahlreiche Materialien: Informationspapiere, Aufkleber, Falblätter, Zeitungen, Plakate. Sie wurden während zweier bundesweiter Aktionstage in & vor Postfilialen verteilt und plakatiert. Einige davon sind ja auf <http://dhl.blogspot.de> dokumentiert. Ziel der Kampagne ist der vollständige Ausstieg der Logistikkonzerne aus dem Geschäft mit dem Krieg.

Die Kampagne war ein Teil der Mobilisierung gegen den NATO-Gipfel in Strasbourg. In der öffentlichen Berichterstattung über Aktivitäten gegen DHL - von Kundengebungen vor Postfilialen bis zu klandestinen Aktionen der Kommunikationsguerilla und autonomer Gruppen - wurde immer auch der Grund für die Kampagne erwähnt. So gelingt es mehr und mehr den guten Ruf des Großkonzerns in den Dreck zu ziehen, das Image der Post zu beschädigen mit dem Ziel, dem Konzern den Ausstieg aus dem Militärgeschäft nahelegen. Da aber allen durchaus bewusst ist, dass diese Ein-

bindung in die militärische Infrastruktur strategische Bedeutung hat, entfalten sich in der Kampagne natürlich auch offensive Formen des Protestes.

Das klingt so, als ob die Mobilisierung gegen den NATO-Gipfel nur eine erste Etappe der Kampagne war.

Natürlich. In Strasbourg hat sich die NATO nicht aufgelöst, im Gegenteil. Sie verstärkt ihre Truppen in Afghanistan. Kriege werden sich verschärfen und damit auch der Transport von Rüstungsgütern in alle Welt. Das Kriegslogistik-Geschäft wird expandieren & ist damit sehr lukrativ für Konzerne. Und wenn sich Unternehmen - egal wie sie



heißen - unmittelbar an Kriegen beteiligen, bietet das Anknüpfungs- & Angriffspunkte für den politischen Widerstand. Jetzt und in Zukunft.

In den Diskussionen, aus denen die Kampagne entwickelt wurde, war ein zentraler Punkt die Auseinandersetzung mit dem Eventcharakter solcher Mobilisierungen wie gegen den NATO-Gipfel. Die Initiative gegen DHL sollte eine Möglichkeit der antimilitaristischen Intervention aufzeigen, die über den Gipfel hinaus weist. Die militaristische Strukturierung und Ausrichtung geht in den Alltag, ist Normalität und muss auch dort immer wieder sichtbar gemacht und angegriffen werden. Dazu kann es hilfreich sein lokale bzw. regionale antimilitaristische Aktionskomitees zu schaffen. Denn eine weitere Absicht ist natürlich auch, die Notwendigkeit antimilitaristischer Praxis in der radikalen Linken präsent zu machen. Aus unserer Sicht ist es kein beliebiges Thema, sondern berührt einen Kernbereich emanzipatorischer Politik. [...]

Nach unserem Eindruck haben linke AktivistInnen im vergangenen Jahr stärker als in den Jahren zuvor eine antimilitaristische Praxis entfaltet. Deckt sich das mit deiner Einschätzung?

Das sehe ich auch so und ich denke, dass über Friedens- und Antikriegsgruppen hinaus die Ignoranz gegenüber dieser zentralen Frage bröckelt. Das ist gut so. Antikapitalistische, gar revolutionäre Politik kann nicht ernsthaft diesen Aspekt von Herrschaftspolitik außen vor lassen. Das betrifft auch die Fragen von Folter oder Lagerhaft, denen sich natürlich die Linke praktisch stellen muss, weil diese Politik die Gesellschaft autoritär strukturiert.

Nach einem Brandanschlag auf ein DHL-Fahrzeug hieß es, Linke würden private Kurierere angreifen und in ihrer Existenz schädigen, weil es um ein privates Fahrzeug im DHL-Design handelte. War das der Kampagne abträglich?

Ob es abträglich war, kann ich nicht beurteilen. Sicher, es hat Irritationen ausgelöst, insofern plötzlich nicht von einem Konzern als Opfer die Rede war. Denn DHL hat Teile seiner Paketauslieferung privatisiert und z.T. bisherige PaketzustellerInnen in die Subunternehmerschaft gezwungen. Einige der im Straßenbild sichtbaren gelben Fahrzeuge gehören offenbar nicht dem Konzern, sondern Privatpersonen. Bei DHL [werden] etwa die Hälfte aller Fahrten an Subunternehmen ausgelagert, die Tendenz ist steigend. Dies sind Kleinunternehmen mit 1-3 Fahrzeugen.

Das ganze ist so eine Art Franchising, das wir von McDonalds oder Bäckereiketten kennen, bei denen Beschäftigte teils 4 € Stundenlohn erhalten. Subunternehmer transportieren im Namen von DHL, aber auf eigene Rechnung. Der Konzern spart damit eine Menge Kosten, kann Probleme bei der Zustellung auf die Subunternehmer abwälzen & muss sich weniger mit organisierten GewerkschafterInnen rumschlagen. Der Konzern DHL ist und bleibt deswegen ein richtiges Angriffsziel. Die kleinen Subunternehmen wiederum haben keinen Betriebsrat und können viel besser die Löhne ihrer 2-3 FahrerInnen drücken. Lohnarbeit & Ausbeutung gibt es dort also mindestens genauso.

Die Einkommen der Ein-Personen-Subunternehmer sind kaum höher als der Hartz-IV-Satz. Ist so einer nicht eher Opfer seiner eigenen politisch blinden Arbeitsethik, als Opfer eines Brandanschlags?

Man muss sich diesen Hintergrund bewusst machen & entsprechend bewusst handeln. Auf ihren Fahrzeugen ist vermerkt, falls sie »Im Auftrag der Deutschen Post/DHL« unterwegs sind. Die in den letzten Monaten angezündeten Fahrzeuge auf DHL-Fuhrparks in Hamburg, Karlsruhe und Berlin haben mit Sicherheit keinen Subunternehmer getroffen.

Ich finde es richtig diesen Zusammenhang von militärischem Engagement der Post und der Privatisierung herzustellen. Denn die Methoden, wie sich dieser Konzern fit macht, um weltgrößtes Logistikunternehmen zu werden, qualifizieren ihn zum Transportunternehmen der BW. So fand ich es auch ausgesprochen gut, dass in einer »Kundeninformation« der Zusammenhang mit der Schließung von Postfilialen und den Arbeitsbedingungen bei der Post hergestellt wurde.

Die Kampagne jedenfalls geht weiter mit vielfältigen und schönen Aktionen.

[dhl.blogspot.de]

Berlin: Sportlicher Frieden

15. August 2009

Bei der Eröffnungsfeier der Leichtathletik WM klettern AktivistInnen aus Frankreich, Spanien und den USA ins Dach des Olympiastadiums und entrollen ein Banner mit der Aufschrift »Peace«. Sie steigen wieder ab und werden wegen Hausfriedensbruch vorübergehend festgenommen.

Kriegerdenkmäler pink

Oktober & November 2009

Bald schon wird die neue rosa Tradition die revanchistisch-reaktionäre Gedenkposse in einen Alptraum für HeldenkranzabwerferInnen verwandelt haben.

In **Balingen** sorgten einige quer über alle Gedenktafeln angebrachte Schriftzüge für Diskussionen »Gedenkt der richtigen Opfer des Krieges!« stand da »Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!«



In **Rheinau-Memprechtshofen** gelang es erstmals, das seit den 1960er Jahren stattfindende Heldengedenken der NPD am sog. Panzergraben zu verhindern, das sich in den letzten Jahren zum größten Naziaufmarsch in Baden-Württemberg entwickelt hatte. Farbe war dabei nur ein Mittel der Kampagne »Macht euch vom Acker!«

[machteuchvomacker.tk]

Als die BW sich eine Woche später, am 22. November am Gedenken für die sowjetischen Gefallenen des 2. Weltkrieges beteiligen will, kommt es in **Düsseldorf** zu Protesten. Wer Angriffskriege führt, hat nichts dort verloren, so die Demonstrierenden.

In **Bochum** nahmen AntikriegerInnen den nationalen Feiertag zum Anlass, um ihrer Verachtung Ausdruck zu verleihen. Am 3. Oktober verpassen sie einem Soldaten des dt. Kaiserreiches ein pralles Einschussloch.

Zwei Tage später werden in **Haltern** zwei Kriegsdenkmäler mit pink und lila verschönert. Auf den Gedenktafeln ist nun klar zu erkennen wer die »Täter« in diesen Kriegen waren. Der auf dem Denkmal in **Hullern** angebrachte Adler dürfte mit seiner fetten Schädelfraktur nicht zu retten sein.

In der folgenden Woche wurde in **Unna** ein Soldatendenkmal mit Farbe eingedeckt & die Inschriften mit dem Wort »Täter« überschrieben, um deutlich zu machen, was die tapferen Söhne der Stadt wirklich sind.

Und auch im belgischen **Tervuren** gingen GenossInnen auf Kriegstreiber los. Leopold II. wurde in roter Farbe getränkt, das Wort »genocide« auf die Statue gemalt. Der alte König hatte sich mit Massakern im Kongo und repressiven Vorgehen gegen die Arbeiterbewegung einen Namen gemacht.



Lesvos: Abschiebeknast in Brand gesetzt

27. Oktober 2009

Nachdem die im Abschiebeknast Pagani eingesperrten Flüchtlinge die widerlichen Zustände mit einer Revolte und einem Feuer vorübergehend beenden, beginnen die griechischen Behörden die Menschen zunächst in ein anderes Gefängnis nach Xios zu deportieren. Nachdem es kurze Zeit so aussieht, als würde das Lager in Pagani tatsächlich geschlossen, ist nun die Rede vom Neubau eines Abschiebeknastes auf Lesvos. Pagani soll weiterhin genutzt werden – als »offenes« Transitzentrum. Die Zustände bleiben ekelhaft und haben bereits zu weiteren Protesten wie etwa einem Hungerstreik angesichts der unhygienischen Zustände geführt.

Der Krieg gegen Flüchtlinge setzt den Krieg fort gegen diejenigen, die auf der Flucht sind vor einem ausufernden Krieg, der manchmal mit Kampfhubschraubern aber öfter noch mit Behördenstempeln & miesen Arbeitsverhältnissen, mit Kredit & Vertreibung gegen die Überflüssigen des verendenden Kapitalismus geführt wird.

Sommer 2009 hatte ein NoBorder Camp zusammen mit neu auf der Insel Lesvos ankommenden Flüchtlingen die Situation in Pagani aufmerksam gemacht.

[lesvos09.antira.info]

Detmold: BW im A-Amt klassisch gestört

27. August 2009

Auch wenn nur 10 Leute sich überhaupt für die Knallis interessierten, so ist es doch wichtig & gut, der BW immer wieder jede Job-Normalität praktisch abzusprechen. An diesem Tag kamen StörerInnen mit Ghetto-Blaster zur BW-Werbeshow, schossen wild um sich und verteilten Flugis über den Mordsspass BW. Eine Trompete spielte den Trauermarsch für die Gefallenen.

Alle Werbeterminale der BW findet ihr unter [www.kehrt-marsch.de]

Gelöbnix & Zapfenstreich

19. August 2009

Naumburg: Auch im Burgenland kann die BW nicht geloben wie sie will - obwohl die Polizei alles tut, KritikerInnen vom Protest abzuhalten. Hausbesuche, Drohungen und Platzverweise können nicht verhindern, dass 3 AntimilitaristInnen vermochten, sich mitsamt »Gelöbe-Gehorche-Morde« Transpi bis zum Marktplatz durchzuschlagen, wo 230 Rekruten ihren Eid ableisten. Abends zieht eine Demo durch den Ort: Der BW entgegen treten! Gesagt, getan...

[geloebnixburgenland.blogspot.de]

In **Kiel** hingegen wurde das für den 3.9. geplante Gelöbnis am Ehrenmal des DMB, des Deutschen Marine Bundes gecancelt, offiziell aus Kostengründen. Wahrscheinlicher ist, dass Proteste befürchtet wurden. Der protzige Steinturm in Laboe ist AntimilitaristInnen seit den 1960er Jahren ein Dorn im Auge und Ziel von Aktionen. Mehr dazu in einem Gegenwind Artikel auf

[bundeswehr-wegtreten.org]

Beim großen Zapfenstreich zu **Rendsburg** kam es zu Störungen durch Zwischenrufe und Tröten, als am 26. 9. der Paradeplatz zum Kasernenhof erklärt wurde, um ein nächtliches Heldenspektakel mit Fackeln abzugeben. Das brutale Auftreten gegen die Demonstrierenden nutzt aber nix. Mit Standortschließung wird Rendsburg nach 345 Jahren militärfrei.

Freiburg: Messe-Proteste

12. & 19. September 2009

An beiden Tagen verteilten AntimilitaristInnen Flugblätter & Friedenstauben auf Luftballons an die BesucherInnen. Es werden Unterschriften gegen die Präsenz der BW auf der Messe gesammelt.

Abrüstung von unten III

Berlin: BW-BMW angebrannt

26. November 2009

Da steht er in Flammen, der schöne BMW der BW. Wie die Tagespresse weiß, war das im Bezirk Hohenschönhausen geparkte Auto als BW-Fahrzeug erkennbar, und das kann freilich Folgen haben. Schließlich sind es nicht nur die Panzer, die in Afghanistan Leichen produzieren, sondern auch all die KommandozentralenarbeiterInnen & die MinisterialbeamtenzuquatscherInnen & die RüstungsfirmenvertragsabschließerInnen & was immer es an Rädchen im Getriebe der BW gibt, die Kriege erst möglich machen.



Berlin & Stuttgart: Demo und Kundgebung gegen die Mandatsverlängerung

28. November & 4. Dezember 2009

Die Botschaft an die Politik war klar: »BW und NATO raus aus Afghanistan«. 1000 Menschen aus ganz Süddeutschland zogen durch die Stadt, um deutlich zu machen, dass dieser Krieg nicht in ihrem Namen geführt wird, dass weit mehr Menschen ihn ablehnen, auch wenn sie nicht zur Demo kamen – was vermutlich weniger am Aufruf des Offenen Treffens gegen Krieg und Militarisierung liegt als an der Ignoranz der Regierung dem Protest gegenüber.

[ot-gegenkrieg.de.vu]



Einen Tag nach der Verkündung, dass der Bundestag der BW erneut das Mandats für die Beteiligung am Krieg in Afghanistan verlängert protestierten KriegsgegnerInnen vorm Brandenburger Tor in Berlin. Näher wird der Protest nicht rangelassen an den Reichstag. Um Menschen – hier wie dort – scheren sich ParlamentarierInnen herzlich wenig: Hierzulande lehnen regelmäßig 2/3 der Befragten den Krieg ab, dort sterben tausende Menschen.

Berlin: Farbe für Parteien

4. Dezember 2009

Noch am Abend der Mandatsverlängerung handeln KriegsgegnerInnen gegen Verantwortliche des Einsatzes in Afghanistan:



»Am 3. Dezember 2009 wurde im Bundestag über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan abgestimmt. CDU, FDP, SPD und die Grünen sind mehrheitlich für den Kriegseinsatz. Wir haben uns exemplarisch die Bürgerbüros von zwei mit JA stimmenden Bundestagsabgeordneten von der CDU & der SPD ausgesucht und mit Farbbeuteln beworfen und mit Sprühereien verziert, um deutlich zu markieren wer die Kriegstreiber sind, die die politische Verantwortung für das Morden in Afghanistan tragen. Selbstverständlich sind mit dieser Aktion auch die Kriegsparteien FDP und die Grünen gemeint...

Der Krieg in Afghanistan fordert viele Tausende Todesopfer. Er wird geführt, um die ökonomischen & politischen Machtinteressen der westlichen Staaten durchzusetzen. Es geht in Afghanistan um die Sicherung von Transportrouten für Rohstoffe und um die geostrategische Lage des Landes. Für den Profit sind Staat und Kapital schon immer über Leichen gegangen. Dagegen setzen wir unseren Widerstand, der sich nicht durch das bürgerliche Gesetzbuch beschränken lässt. Wir begrüßen das Anzünden von Bundeswehrfahrzeugen als konkrete Form der Abrüstung, das Stören von Propaganda-Veranstaltungen der Bundeswehr und die vielen anderen Aktionen mit denen Militarismus & Krieg entschlossen entgegengetreten wird! Wir wollen mit unserer Aktion ein Zeichen gegen die deutsche Kriegspolitik setzen.

Gegen Krieg und Kapitalismus! Es gibt kein ruhiges Hinterland!«

Husum: Fahrraddemo

28. November 2009

Die Radtour entrollt die Karte militärischer Einrichtungen Husums live in 3D: Fahnen & Banner tragen die AntimilitaristInnen zur Kaserne, in der Spezialpioniere stationiert sind, die für die schnelle Bereitstellung von u.a. Landebahnen und Stützpunkten im Kriegsgebiet zuständig und in der Logistik der Auslandseinsätze unentbehrlich sind. Die ebenfalls in Husum stationierte »Luftabwehrraketengruppe ist regelmäßig Teil der NATO-Response-Force, die de facto eine militärische Eingreiftruppe für die Absicherung der wirtschaftlichen Interessen der westlichen Eliten ist.«

Am »Ehrenmal« im Schlosspark, wo den Tätern imperialistischer und rassistischer Welteroberungsversuche gedacht wird, rufen die RadlerInnen dazu auf, die stillschweigende Akzeptanz von Militärs in der Bevölkerung zu untergraben.

[militarismus-jetzt-stoppen.de.vu]

Nordfriesland: Aktion vor BW-Materialdepot

23. November 2009

Etwa 10 AntimilitaristInnen trotzen »nordfriesischem Wetter« & olivgrüner Tristesse. Sie ziehen zum BW-Depot Westerohrstedt/Nordfriesland und stellen ihre Forderungen mit Kreide und Transparenten klar: »Militär und Herrschaft abschaffen« etwa.

Das BW-Materialdepot in Westerohrstedt hat für die BW eine strategisch sehr bedeutende Rolle. Die Einheiten aus Husum sind an nahezu allen Auslandseinsätzen beteiligt. Die Materialversorgung eben dieser Truppen läuft maßgeblich über dieses Depot zwischen Husum & Schleswig. »Hier wird ein Stück Afghanistan-Krieg in Nordfriesland greifbar, denn für die am Krieg beteiligten Militärs aus Husum wird von hier aus die Logistik besorgt.«

Berlin: Soldatenkutschen reihenweise zerdeppert

29. Dezember 2009



Kurz vor Weihnachten gab es für Glaser nochmal viel zu tun: Unbekannte hatten in der Nacht die Scheiben von 23 Bussen, 1 LKW und 4 Autos eingeschlagen, Feuerlöscher im Inneren versprüht und die Not-Hämmer mitgenommen. Das Ziel war gut gewählt: Die Fahrzeuge gehören der Firma »Dr. Richard Hermann«, die im Sommer in Berlin ihre Dienstleistungen der BW zum Gelöbnis zur Verfügung gestellt hatte – mit ihren Bussen wurden SoldatInnen von der Kaserne zum Reichstag & zurück gekarrt. Die verspätete Rechnung erhielt sie nun, der Sachschaden beläuft sich auf 50.000 €.

Berlin: No Jugendoffizier!

25. November 2009

Als zwei Jugendoffiziere ein Gymnasium besuchen prangt am Eingang ein BW-kritisches Transparent und Flugblätter werden verteilt. Während der Veranstaltung gibt es offensive Nachfragen. Sicher hätte auf den Aufruf »aktiv zu stören« mehr raus kommen können – aber auch weniger. BW raus aus den Klassenzimmern.

Frankfurt: Militärischer Bankenschutz vereitelt

5. Oktober 2009

»Für die Sicherung der deutschen Banken und Finanzmärkte. Für den Einsatz der BW im Innern und Äußeren!« setzte sich aktiv & bewaffnet die Gesellschaft der Freunde von Banken und Bundeswehr GFBB ein. Zwischen Mittag und Kaffeepause gaben zwei Soldaten vor der Commerzbank schon mal einen Vorgeschmack auf kommende Widerwärtigkeiten – bis sie doch noch mal von der Polizei entwapfenet wurden.



!!! Diskussionspapier !!!

Die Bundeswehr im Innern – Verbindungskommandos, Aufstandsbekämpfung und Kampfeinsatz

BeaSoaPa Hannover

Oder: Warum die Militarisierung der Gesellschaft ein Angriff auf alle linken & emanzipatorischen Bewegungen ist

Dieser Text soll einerseits einen Überblick über Bundeswehrstrukturen zum Einsatz innerhalb der BRD geben und andererseits möglichst klar herausstellen, was diese für die Perspektive von gesellschaftlicher Veränderung bedeuten. Ziel dieses Textes ist es, über antimilitaristische und Friedensgruppierungen hinaus eine Diskussion einzufordern.

Welche Bedeutung hat eine militariserte, staatliche Strategie zur repressiven Unterdrückung sozialer Konflikte für uns, als in unterschiedlichsten Bewegungen und Strömungen für Veränderungen Kämpfende? Wie können wir der staatlichen Bedrohung linker Bewegungen etwas entgegensetzen und in die Offensive kommen?

Dass die Bundeswehr Gipfel wie den G8 und die NATO-Sicherheitskonferenz in München schützt und dass PolitikerInnen der CDU immer mal wieder die Änderung des Grundgesetzes fordern, damit die Bundeswehr noch mehr Befugnisse zum Einsatz im Innern bekommt, hat wohl fast jeder schon mal gehört. Aber wer weiß schon so genau:

Was die 441 sog. Verbindungskommandos treiben, die die Bundeswehr seit 2007 in sämtlichen Regierungsbezirken, sowie Kreisen & kreisfreien Städten aufgebaut hat?

Dass die Bundeswehr künftig Kampfeinsätze in Bahnhöfen üben möchte? Oder warum die Regierung den Einsatz von SoldatInnen gegen Streiks oder als StreikbrecherInnen nicht ausschließen möchte?

Im Folgenden soll versucht werden einen Überblick und eine Einschätzung über die Struktur der Verbindungskommandos, dem Konzept der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) & der Aufstandsbekämpfung zu geben. Dazu werden wir im ersten Abschnitt die Fakten zum Aufbau und der bisherigen Aktivität dieser Kommandos benennen.

Im zweiten Abschnitt wird es um das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) des Heeres in der Altmark gehen. Das GÜZ ist sowohl ein Beispiel für die Zusammenarbeit des Militärs mit privaten Akteuren, als auch für die Übung von Aufstandsbekämpfung und Kampfeinsätzen im städtischen Raum. Die beiden Themen - Verbindungskommandos & das Gefechtsübungszentrum - sind ausgewählt worden, da beide, trotz ihrer immensen Rolle für zukünftige Inlandsein-

sätze der Bundeswehr, bisher relativ wenig Beachtung gefunden haben. Gleich zu Anfang müssen wir klar stellen, dass es sich zwar um zwei bedeutende Beispiele handelt, aber nicht um einen vollständigen Überblick über die Inlandsaktivitäten der Bundeswehr oder der Zivilmilitärischen Zusammenarbeit.

Wir wollen einerseits diese beiden militärischen Strukturen bekannter und damit hoffentlich auch angreifbarer machen und andererseits beide in Zusammenhang zueinander setzen. Abschließend wollen wir sie vor dem Hintergrund sich zuspitzender sozialer Verhältnisse, repressiver, polizeistaatlicher Politik nach Innen und Krieg & Abschottung nach Außen, beurteilen und fragen:

Auf welche Situationen zielen diese Strukturen ab?

In welchen Szenarien soll die Bundeswehr mithilfe des »flächendeckenden territorialen Netzwerks« »aufgebrachte Menschenmengen« kontrollieren & »den Häuserkampf« praktizieren?

Gegen wen soll eigentlich gekämpft, bzw. »Amtshilfe« geleistet werden?



Wir hoffen die ersten beiden recht trockenen Faktenabschnitte schrecken euch nicht ab, weiter zu lesen. Wir haben versucht den Zahlen-&Fakten-Teil kurz zu halten, er ist aber notwendig, um das Ausmaß & das Voranschreiten der Bundeswehreinlandsaktivitäten einschätzen zu können. Viel Spaß beim Lesen & hoffentlich beim Diskutieren.

Die Verbindungskommandos

Die Durchdringung ziviler Behörden durch die Bundeswehr

Seit 2007 sind 16 Landeskommandos in den Hauptstädten der Länder eingerichtet worden. Ihnen untergeordnet sind 410 Kreisverbindungskommandos (KVK) und 31 Bezirksverbindungskommandos (BVK), in sämtlichen Regierungsbezirken, in Kreisen und kreisfreien Städten. Diese bestehen in den verschiedenen Bezirken bzw. Kreisen aus je 4 - 15 SoldatInnen. Insgesamt umfasst die Struktur, deren Aufbau bis Ende 2010 abgeschlossen sein soll, über 5.300 Dienstposten. Schon jetzt sind die Kommandos weitgehend einsatzfähig. So ist z.B. das »BVK Polizeidirektion Hannover« mit 12 SoldatInnen komplett, während das »KVK Region Hannover« 9 besetzte & 2 noch unbesetzte Stellen hat.

Das BVK in Hannover stellt mit der Zuordnung zur Polizeidirektion eine Besonderheit dar: In den meisten anderen Bezirken sind die Kommandos der Stadt zugeordnet und in den Rathäusern untergebracht. Die Hannoveraner Besonderheit könnte damit erklärt werden, dass, im Gegensatz zu den meisten anderen Städten, in Hannover auch die Versammlungsbehörde der Polizeidirektion zugeordnet ist. Offizielle Informationen dazugibt es allerdings nicht. Je Kommando gibt es einen Beauftragten der Bundeswehr für ZMZ (BeaBwZMZ), diesem unterstehen die übrigen aktiven Soldat_innen und ReservistInnen.

»Aufgrund von Absprachen der Landeskommandos mit den Mittelbehörden und Kommunen verfügen nahezu alle BVK/KVK über Büroinfrastruktur in Anlehnung an die jeweiligen Katastrophenschutzbehörden. [...] Die BVK/KVK werden regelmäßig zu Zusammenkünften der zivilen kommunalen Katastrophenschutzeinrichtungen herangezogen, wenn mögliche Unterstützungsleistungen der Bundeswehr planerisch geregelt bzw. beantragt werden sollen. [Sie] sind die Ansprechpartner der jeweils um Unterstützung nachsuchenden administrativen Ebene. Durch ihre flächendeckende Verfügbarkeit ist eine Verkürzung der Reaktionszeit gewährleistet. Die eingesetzten Kräfte der Bundeswehr [können so] frühzeitig über die sich darbietenden örtlichen und strukturellen Gegebenheiten durch die Verbindungskommandos unterrichtet werden.«

Alein im Zeitraum vom 01.04.2009 bis 30.06.09 leistete die Bundeswehr 16 mal »Amtshilfe«, 8 mal »sanitätsdienstliche Unterstützung« und 7 mal »Unterstützung Dritter«, die zum Teil mit Hilfe der Verbindungskommandos organisiert wurden. Die 31 im Zeitraum dieser drei Monate erfolgten »Unterstützungs- & Hilfsleistungen« reichten von der Bereitstellung von ABC-Spürpanzern mit Besatzungen, Hubschraubern, Wärmebildgeräten, SoldatInnen für Lagerarbeiten, SanitärerInnen, Krankenwagen und vieles mehr, der Übernahme von Transporten & Verpflegung für die Polizei, bis hin zur »Unterstützung im Rahmen der Ausbildung von Feuerwehrführungspersonal«.

Ebenso vielfältig wie die geleistete »Unterstützung« waren die Anlässe, zu der diese zum Tragen kamen. Seit 2007 waren die Verbindungskommandos bei 27 sog. Großereignissen und 30 sog. Katastropheneinsätzen beteiligt. Die sog. Katastropheneinsätze reichten von Bekämpfung der Vogelgrippe über Sturm-, Hochwasser- und Waldbrandeinsätze bis hin zu Bombenentschärfungen. Eine noch größere Bandbreite hatten die Großereignisse, in deren Planung die Verbindungskommandos eingebunden waren. Vom G8 und NATO-Gipfel bis hin zum Kirchentag in Bremen, der Niedersachsentage und sogar der Loveparade ist alles Mögliche dabei gewesen.

Die BVK/KVK haben seit 2007 insgesamt weit mehr als 500 Übungen durchgeführt, die allerdings sehr ungleich verteilt stattgefunden haben. Während in Niedersachsen bisher drei Übungen durchgeführt wurden, haben einzelne BVK/KVK in anderen Bundesländern bereits 8 hinter sich und in Bayern hat je Landkreis & kreisfreie Stadt eine Übung in Form von Standortschulungen, Katastrophenschutzübungen & Stabsrahmenübungen stattgefunden.



Darüber hinaus wurden in 9 von 16 Bundesländern »Koordinierungsgremien unter ständiger Beteiligung der Bundeswehr« eingerichtet. Diese sollen die reibungslose Einbindung der neuen Kommandostruktur in den zivilen Katastrophenschutz gewährleisten und treten auch in den übrigen 7 Bundesländern »bei Bedarf zusammen«. Über die genaue Zusammensetzung dieser Gremien gibt die Bundesregierung keine Auskunft. Allerdings ist bekannt, dass in Baden-Württemberg VertreterInnen des französischen und des US-Militär, ebenso wie MitarbeiterInnen der Bundesagentur für Arbeit, der DB AG, der Telekom und der Post beteiligt sind.

Eine wichtige Funktion bei der Durchdringung ziviler Behörden durch die Bundeswehr haben auch Aus- und Weiterbildungslehrgänge für Mitglieder der Verbindungskommandos und zivile MitarbeiterInnen im Katastrophen-Bevölkerungsschutz-Bereich. Von 2003 bis Ende Juli 2009 haben insgesamt 2.212 Personen an der Ausbildung der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung & Zivilschutz teilgenommen. Diese Ausbildung stellt für die Mitglieder der Verbindungskommandos ein Pflichtlehrgang dar. Neben aktiven SoldatInnen nahmen auch 785 ReservistInnen sowie 489 zivile Kräfte der Polizeien des Bundes und der Länder, Führungskräfte von Feuerwehren, Hilfsorganisationen und des Technischen Hilfswerks (THW) an dem Lehrgang teil.

»Der Teilnehmer soll aus den weltpolitischen Veränderungen der neunziger Jahre die entwickelte neue Sicherheitsstrategie Deutschlands kennen lernen. Der Schwerpunkt wird auf die drei Akteure (Bevölkerungsschutz, Polizei und Bundeswehr) und deren Vernetzung gelegt. [...] Begleitend werden die gesetzlichen und verordnungsmäßigen Grundlagen der Zusammenarbeit, die verschiedenen Arbeitsweisen, Definitionen und Sprachregelungen der ZMZ im Inland dargestellt.« Ein abschließendes

Planspiel soll die Möglichkeiten der Zusammenarbeit vertiefen. Explizit genannte Lehrinhalte sind u.a.: Gefährdungsfelder der Sicherheit im Zeichen der Globalisierung, Kritische Infrastruktur, aktueller Sachstand sowie Perspektive im Hinblick auf Nahrungsmittel, Trinkwasser, Verkehr, Vorstellung des Führungsmodells »Verwaltungsstab«, Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit & Gestaltung der Pressearbeit.

Einen weiteren Pflichtlehrgang für die Beauftragten der Bundeswehr für Zivilmilitärische Zusammenarbeit (BeaBwZMZ) und Stabsoffiziere der Reserve in BVK/KVK an der Schule für Feldjäger- und Stabsdienst haben bis Juli 2009 1.853 StabsoffizierInnen der Reserve absolviert. Als Inhalte dieses Lehrgangs werden u.a. Grundlagen der Stabsarbeit, Organisation, Regeln der Informationsverarbeitung und Kommunikation, Rechtlichem, IT-Sicherheit, Führung und Einsatz und Grundlagen und Methoden der Bildauswertung angegeben.

Darüber hinaus wurde ein weiterführendes Seminar für 60 Führungskräfte, die BeaBwZMZ, als Pilotprojekt an der Führungsakademie der Bundeswehr eingerichtet. Die Lehrinhalte dieser Ausbildung sind nicht bekannt. Außerdem gibt die Bundesregierung an: »Weitere Lehrgänge einzelner Reservistinnen & Reservisten im Rahmen persönlicher Aus- und Weiterbildung oder freiwilliger Reservistenarbeit werden nicht zentral erfasst.«

Auch sonst gibt sich die Bundesregierung in entscheidenden Fragen äußerst zugeknöpft. Vor Allem um eine eindeutige Beantwortung der Fragen nach Sinn, Zweck & zukünftiger Verwendung der Verbindungskommandos drückt sie sich herum, doch darum wird es im dritten Abschnitt gehen. Deshalb sei abschließend nur noch auf eine vermutlich nicht zufällig unbekanntes Zahl hingewiesen, die in unserem Fakten-Abschnitt zu den Verbindungskommandos fehlt. »Die Ausgaben für ZMZ werden in den originären Titeln im gesamten Verteidigungshaushalt mitberücksichtigt. Eine Zuordnung der Ausgaben für ZMZ auf Dienststellen der Bundeswehr ist [...] nicht vorgesehen.«

Das Gefechtsübungszenrum

Die Bundeswehr übt mit Hilfe von Konzernen den Häuserkampf und die Kontrolle von Menschenmengen

Das Gefechtsübungszenrum des Heeres (GÜZ) liegt auf dem Truppenübungsplatz Altmark, nördlich von Magdeburg. Seit 1935 wurde dieses Gebiet, zunächst von der Wehrmacht und anschließend von der Roten Armee, durchgängig militärisch genutzt. Die aktuelle Größe von circa 15 mal 30 Kilometern (rund 23.000 Hektar) erlangte der Truppenübungsplatz allerdings erst nach der Übernahme durch die Bundeswehr 1994. Das GÜZ, wurde in den Jahren 1995-1999 aufgebaut und erprobt.

Seit 2000 wird an 250 Tagen im Jahr ausgebildet und geübt. Seit 2004 durchlaufen jährlich 25.000 SoldatInnen das GÜZ, damit liegt die Auslastung des größten und modernsten Übungsplatzes in Europa bei 100 Prozent. Neben deutschen Einheiten trainieren dort auch Streitkräfte anderer Staaten. Hierzu gehören vor allem NATO-Verbündete & Truppenteile der EU-Battle-Group.

Geübt wird mit Originalwaffensystemen - allerdings ohne scharfe Munition. Ermöglicht wird dies durch das sog. AGDUS (Ausbildungsgerät Duellsimulator). Die Darstellung von Treffern und Wirkung an Personen & Geräten wird durch modernste Lasertechnik nachempfunden. Die Übungszentrale kann jede Bewegung und jede Tätigkeit von bis zu 1.500 SoldatInnen & 200 Fahrzeugen per GPS, Video- und Funküberwachung verfolgen und auswerten. »Daher ist das Gefechtsübungszenrum Heer auch die letzte Station eines Verbandes, der einen Auftrag im Rahmen eines Auslandseinsatzes in einer Krisenregion wahrnehmen soll. Wer diese Herausforderung gemeistert hat, ist »Combat-Ready« heißt es auf der Homepage des Heeres. Das GÜZ ist somit auch für die Auslandseinsätze der Bundeswehr & ihrer Verbündeten von enormer Bedeutung.

Der erste für unsere Betrachtung interessante Aspekt wird von der Bundeswehr nicht gerade als Aushängeschild verwendet. »Ein zukünftiger Schwerpunkt ist es, Teile des Truppenübungsplatzes mit einer urbanen Infrastruktur auszubauen. So ist es möglich, auch Operationen in urbanem Gelände auszubilden.« Mehr ist auf der Homepage des Heeres zu dem Thema nicht zu erfahren. Da erfährt man bei Rheinmetall, dem Betreiber des GÜZ schon etwas mehr: Der Ausbildungsverband »kann sowohl eine reguläre Armee darstellen als auch Polizeikräfte, Mitglieder der organisierten Kriminalität oder die einheimische Bevölkerung. [...] Hier üben die Soldaten in Verbänden bis zur Bataillonsstärke in einer Mischung aus realem Manöver und IT-gestützter Live-Simulation die Panzerabwehr, den Häuserkampf oder das Verhalten gegenüber einer aufgebracht Menschenmenge.«



Auf dem Trainingsgelände wird schon seit Jahren auch »das Verhalten gegenüber unfriedlichen Menschenmengen geübt, die so genannte Crowd and Riot Control (CRC)«. Unter dem Titel: »Den Aufstand proben: Vorbereitungen auf den Einsatz« lässt sich auf der Homepage der Bundeswehr u.a. folgendes nachlesen: »Laute Sprechchöre,

drohende Fäuste hinter dem Stacheldraht: einige Demonstranten brechen durch die Absperrung und drohen das gesicherte Gebiet zu stürmen. [...] Die Nerven der Soldaten liegen blank. Vor ihnen formieren sich die Demonstranten. [...] Demonstranten, die den Stacheldraht durchbrochen haben, werden abgefangen, die Lücken in der Absperrung wieder geschlossen. Der Kompaniechef versucht die Lage im Gespräch mit den Rädelsführern zu entspannen; es erschallen Lautsprecherdurchsagen: »KFOR ist hier um Euch zu helfen.« Doch jeden Augenblick können Steine fliegen, vielleicht Schüsse fallen. [...] Die Truppe des Gefechtsübungszentrums des Heeres (GÜZ), so genannte »Soldaten in darstellender Funktion«, schulen in der Rolle als Demonstranten das richtige Handeln in der Lage. Dabei geht es auch darum, Situationen entsprechend zu bewerten: Haben die UCK-Anhänger Waffen? Besteht Gefahr für die Bewohner des Klosters oder die eigenen Leute? Was tun, wenn es zu Übergriffen kommt? [...] Die aggressive Gruppe wendet sich vom Kloster ab. Sie bewegen sich in Richtung Stullenstadt. Ihr Ziel: Das Gebäude der UNHCR, des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen. Wenige Augenblicke später heult eine Sirene auf, Rauch schlägt aus den Fenstern. Kurz darauf geht ein PKW in Flammen auf. Der Mob stürmt das Gebäude und nimmt vier UNHCR-Mitarbeiter als Geiseln, ein verletzter Zivilist wird herausgebracht. Die Einsatzkräfte müssen reagieren, sie sperren die Straße. Eine Postenkette drängt die Demonstranten zurück. [...] Wenig später haben die Einsatzkräfte die Situation wieder unter Kontrolle gebracht. Die Geiseln inklusive des eigenen Mannes können befreit, der Aufruhr zerschlagen werden.«

Auch wenn das hier beschriebene Szenario im Kosovo spielt, legt gerade der geplante Ausbau des GÜZ nahe, dass auch der Inlandseinsatz vorbereitet wird. So heißt es in einem Bericht der sachsen-anhaltiner Zeitung »Volksstimme«. Das Verteidigungsministerium hat zudem den Plänen für den Aufbau einer fiktiven Stadt auf dem 23.000 Hektar großen Truppenübungsplatz zugestimmt. Bis 2016 soll »Schnöggersburg«, benannt nach einem Dorf, das sich einst dort befand, aufgebaut sein. Eine neun Quadratkilometer große Stadt aus Containern, Massiv- und Holzbauten mit Alt- & Neustadt, Industriegebiet, Wald und einem Elendsviertel.

Der MDR berichtete: »Inmitten der Heide ist zudem eine Kulissenstadt mit Flugplatz, Bahnhof, Hotels und Hochhäusern geplant. Kropf [Kommandeur des Truppenübungsplatzes Altmark] sprach von Investitionen in Höhe von 14 Millionen Euro. Sie sind laut Bundeswehr notwendig, um die Soldaten auf Einsätze in bebautem Gebiet vorzubereiten.«

Das GÜZ ist im übrigen auch nicht der einzige Truppenübungsplatz auf dem das Vorgehen gegen Demonstrationen geübt wird. In der im Oktober 2009 in Hannover eröffneten »Schule für Feldjäger- & Stabsdienst« werden z.B. Feldjägereinheiten zu Greiftruppen ausgebildet, die, ähnlich der Beweissicherungs- & Festnahme Einheiten (BFE) der Polizei, einzelne Demonstrantinnen aus der Menge heraus festnehmen sollen.

Für die realitätsnahe Ausbildung im GÜZ sorgen neben 700 SoldatInnen auch über 250 zivile MitarbeiterInnen. Das ist der zweite Punkt, der dieses Zentrum für unsere Betrachtung so interessant macht. Alle Unterstützungsleistungen im Rahmen der Technik, dem Betrieb der Liegenschaften und des Truppenübungsplatzes, sowie für die Ausbildung & die Übungen, werden gemeinsam mit einem industriellen Betreiber, dem Rheinmetall Dienstleistungszentrum Altmark (RDA) erbracht. Dazu zählen Betrieb und Betreuung der Zentrale und der gesamten Technik ebenso wie die Wartung, Instandsetzung & Lagerung der Gefechtsfahrzeuge. Rheinmetall Defence hat sich damit seit 2008, über eine sechsjährige Vertragslaufzeit, ein Umsatzvolumen von mehr als 100 Mio. Euro gesichert. Der »Rahmenvertrag« für »Public-Privat-Partnership« (PPP), zwischen der Bundeswehr und über 400 Unternehmen aus dem Jahr 2000, ermöglicht derartige Kooperationen. Der Vertrag schafft die Möglichkeit der Privatisierung von Aufgabenfeldern, »die nicht zu den militärischen Kernfähigkeiten gehören«. Durch Abgabe einzelner Aufgabenbereiche an Konzerne soll wirtschaftlicher gehaushaltet und mit den so eingesparten Geldern das Rüstungsinventar modernisiert & ausgebaut werden. So heißt es im Bundeswehr Weißbuch von 2006: »Kooperationen mit der Wirtschaft bei Serviceaufgaben bis hin zu einer völligen Entlastung von Aufgabenfeldern, die der private Sektor günstiger erbringen kann, werden weiter verfolgt.«

Am 22. August 2000 wurde die »Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb« (g.e.b.b.) gegründet. Als 100prozentige Tochter des Bundesministeriums der Verteidigung nimmt die g.e.b.b. eine Schlüsselrolle im Modernisierungsprozess der Bundeswehr ein. Sie berät die Leitung der Bundeswehr in allen Fragen der Privatisierung von zivilen Dienstleistungen und ihrer wirtschaftlichen Optimierung. Zudem wird sie im Bereich der Immobilien selbst operativ tätig & nimmt als Anteilseignerin der »LH Bundeswehr Bekleidungs-Gesellschaft« & des »BwFuhrparkService GmbH« die Gesellschafterinteressen des Verteidigungsministeriums wahr.

Ein Beispiel der Privatisierung militärischer Aufgaben ist die Auslagerung von Logistik, um die sich DHL beworben hat[te].

Vom Planungsstab im Rathaus zum Kampfeinsatz im Bahnhof

Aufstandsbekämpfung und Krieg nach Innen

Nachdem wir nun diese beiden militärischen Strukturen vorgestellt haben, möchten wir in diesem letzten Abschnitt versuchen, sie im Zusammenhang zueinander und zur gesamtgesellschaftlichen Situation zu bewerten.

Schon lange vor der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise war die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erkennbar. Längst ist klar geworden, dass die kapitalistisch organisierte (Welt-) Wirtschaft die versprochene Perspektive von Wohlstand & Entwicklung nicht ermöglicht. Dies führt dazu, dass gesellschaftliche Konflikte, aber auch die zwischen Staaten zunehmend gewalttätig, in letzter Konsequenz militärisch »gelöst« werden.

Als Reaktion auf die zunehmenden sozialen & zwischenstaatlichen Konflikte, sowie die knapper werdenden Ressourcen, etabliert die BRD in Verbund mit anderen EU- und NATO- Partnern eine zunehmend militärisierte Sicherheitsarchitektur.

So werden z.B. die Außengrenzen der EU mit der Errichtung von Zäunen und Lagern, außerhalb des eigenen Gebiets, gegen Flüchtlingsströme »gesichert«. Gleichzeitig beteiligt sich die Bundeswehr seit mittlerweile 10 Jahren an Auslandseinsätzen und seit 8 Jahren führt Deutschland in Afghanistan Krieg. Der einstige Auftrag der Bundeswehr, der unter dem Begriff der »Verteidigung« lief, ist durch den der Schaffung von »Sicherheit« abgelöst worden. Dabei ist nicht die Sicherheit der Lebensbedingungen des Großteils der Menschen gemeint, die sowohl innerhalb der BRD als auch weltweit mit immer größerer Unsicherheit ihrer Arbeits- und (Über-)Lebensbedingungen konfrontiert sind. Die gemeinte »Sicherheit« soll die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung & der westlichen Vormachtsstellung garantieren. Wir befinden uns längst in einem dauerhaften, räumlich entgrenzten Kriegszustand.

Die beiden vorgestellten militärischen Strukturen sind selbstverständlich vor diesem Hintergrund zu betrachten. So ist z.B. die Privatisierung militärischer Teilaufgaben vor allem eine Maßnahme, um die hohen Kosten für die Auslandseinsätze zu senken. Neben den Einsparungen beinhaltet dieses Vorgehen aber auch einen weiteren, für die Bundeswehr erfreulichen, Aspekt: Zivile Strukturen werden militärisiert. Auf der Homepage von Rheinmetall heißt es zum GÜZ: »Die enge Zusammenarbeit zwischen Militär & industriellem Betreiber erfordert von den RDA-Mitarbeitern viel Einfühlungsvermögen. Dabei hilft sicherlich, dass eine Reihe von ihnen ehemalige Soldaten sind & diese Kompetenzen entsprecheinsetzen können.« Genau

CLASS WAR

wie bei der DHL, die ausschließlich ReservistInnen als PostsoldatInnen einsetzt, geht auch hier das Konzept der ReservistInnen als MultiplikatorInnen für die Akzeptanz der Bundeswehr in der Zivilgesellschaft auf.

Durch die Privatisierung wesentlicher militärischer Aufgaben gibt es zudem immer mehr direkt an Kriegen und Militarisierung profitierende Unternehmen. Zukünftig wird es eine stetig steigende Zahl von Unternehmen geben, die, über das sowieso vorhandene Interesse, die ökonomischen Verhältnisse aufrecht zu erhalten hinaus, direkt an militärisch ausgetragenen Konflikten profitieren. Dies gilt selbstverständlich für das Inland genauso wie für die Kriegseinsätze im Ausland.

Auch die Begründung für die Aufrüstung nach Innen und Außen in den letzten Jahren, der »Krieg gegen Terrorismus«, verrät die Ausdehnung des Zuständigkeitsbereiches der Bundeswehr. War Terrorismusbekämpfung bis vor wenigen Jahren Aufgabe der Polizei & der Justiz, wird nun, unter dem Stichwort »vernetzte Sicherheit« ein »umfassender Ansatz« unter Einbindung jeglicher relevanter Politikfelder, propagiert. Die beschriebene Einrichtung der Verbindungskommandos ist nur vor diesem Hintergrund erklärbar.

Die Bundesregierung hat unlängst festgestellt: »Anlass für etwaige Unterstützungsleistungen der Bundeswehr sind keine »Missstände« im zivilen Katastrophenschutz. [...] Risikovorsorge, Gefahrenabwehr und Unterstützungsleistungen im Katastrophenfall stellen [...] einen herausragenden Teil der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge dar, der alle staatlichen Stellen, die dazu beitragen können – somit auch die Bundeswehr – fordert. Deshalb stellt u. a. die Krisenprävention eine ressortübergreifende Aufgabe dar, die zunehmend auch andere Politikbereiche, vor allem die Wirtschafts-, Umwelt-, Bildungs-, Kultur- und Sozialpolitik, fordert. Die Bundeswehr leistet mit der ZMZ/Bw einen bedeutenden Beitrag zu einer ressortübergreifend angelegten gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge mit der Aufgabe der Hilfeleistung im In- und Ausland.«

Auf welche Art von Krisen sich mit der Einrichtung der Verbindungskommandos vorbereitet wird, machte der Aufsichtsratsvorsitzende der Commerzbank, Klaus Peter Müller, beim Celler Dialog 2008, dem »nationalen Diskussionsforum für Außen- & Sicherheitspolitik«, deutlich.

Im Rahmen der militärisch-zivilen Zusammenarbeit ist einer unserer Mitarbeiter im Range eines Majors der Reserve, einer von 3 Offizieren des Kreisverbindungskommandos Frankfurt, das bei Krisen die Unterstützung der Bundeswehr organisiert. Für Situationen, in denen die »Funktionsfähigkeit des Finanzsystems« als bedroht gilt, wenn es also »im schlimmsten Fall [...] zu einem Run auf die Bankschalter und zum

Zusammenbruch der gesamten Geld- und Währungsordnung« kommt, sei vorgesorgt. Regelmäßig werde generalstabsmäßig der Ernstfall geprobt – z.B. »Erreichbarkeit & Einsatz von Schlüsselpersonen bei Ausfall großer Teile der üblichen Infrastruktur oder der Belegschaft«.

Dass mit Ausfall »der üblichen Infrastruktur oder Belegschaft« auch Streiks gemeint sind, geht aus der bereits mehrfach zitierten Anfrage der Partei Die Linke im Bundestag hervor. Auf die Frage, ob »Streiks im Transport-, Energie- oder Sektors für ein Tätigwerden der ZMZ-Strukturen herangezogen werden können« antwortete die Bundesregierung, dass eine Prüfung dem Einzelfall vorbehalten sei.

An anderer Stelle wird die Frage nach der Verwendung der Verbindungskommandos noch deutlicher beantwortet. Ob das Gebot der Trennung von Militär & Polizei von den an der ZMZ Beteiligten verstanden worden sei, werde nicht geprüft, auch seien keine Maßnahmen geplant um auszuschließen, »dass die ZMZ-Strukturen zur Unterstützung polizeilicher Repressivmaßnahmen gegen Streikende und/oder Demonstrantinnen und Demonstranten herangezogen werden«. Ob derartige Anlässe zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren führen, müssten die örtlichen für »polizeiliche und nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr zuständigen Landesbehörden« entscheiden.

Vor diesem Hintergrund scheinen Übungen des Vorgehens gegen Demonstrationen und aufgebrachten Menschenmengen im Gefechtsübungszentrum Altmark nur folgerichtig. Sicher wird bei dem oben beschriebenen Szenario der Einsatz im Kosovo simuliert und sicher braucht die Bundeswehr die Fähigkeiten zur Aufstands-bekämpfung (»Crowd and Riot Control«) auch für ihre Auslandseinsätze. Die Verwischung der Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit bedeutet eben auch, nach Außen, die Übernahme bisher polizeilicher Aufgaben durch das Militär. Trotzdem lässt sich, vor dem Hintergrund der Etablierung der Verbindungskommandos, ihrer geplanten und auch schon erfolgten Einsätze gegen Demonstrationen und dem Aufbau einer Stadt mit Hochhäusern, einem Flughafen und einem Bahnhof im GÜZ, die Vorbereitung großangelegter Inlandseinsätze zur repressiven Unterdrückung gesellschaftlicher Konflikte und Widersprüche nicht leugnen.

Äußerst bedenklich ist außerdem, dass die Bundesregierung angibt, keinerlei Informationen dazu zu haben, inwiefern »Kontakte der BeaBw/ZMZ außerhalb von Katastrophenschutz-tätigkeiten« zu zivilen Behörden bestehen und welche ausländischen Militärs oder privaten Unternehmen an den sog. Koordinierungsgremien beteiligt sind. Ebenso erschreckend ist, dass sie auch angibt, keine Erkenntnisse darüber zu haben, ob »Anhänger bzw. gar Mitglied[er] einer

rechtsextremistischen Organisation als BeaBw/ZMZ« fungieren. (Im konkret bekannt gewordenen Fall in Erfurt der »Artgemeinschaft«.) Der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. (VdRDBw), der bei der Besetzung der Verbindungskommandos ReservistInnen vermittelt, arbeitet gleichzeitig mit einer Vielzahl geschichtsrevisionistischer Traditionsvereine zusammen, wie dem Kyffhäuserbund, dem Bayrischen Soldatenbund 1874 e.V. & dem Kameradenkreis der Gebirgsjägertruppe, der z.B. die jährlichen Gebirgsjägertreffen in Mittenwald organisiert. Der Kyffhäuserbund und der Bayerische Soldatenbund 1874 e.V. gehören sogar dem Beirat Freiwillige Reservistenarbeit beim VdRDBw an und erhalten im Rahmen dieser Zusammenarbeit staatliche Gelder. Ein weiteres Beispiel für die Offenheit der Bundeswehr gegenüber rechtsextremistischen und geschichtsrevisionistischen Bestrebungen ist die Archivierung der »Deutschen Militärzeitschrift«, der Zeitschrift »Kameraden« und weiteren extrem rechten Publikationen in den Bibliotheken der Infanterieschule, der Offiziersschule des Heeres und weiteren Ausbildungsstätten. Selbst die Bundesregierung räumt bezüglich der beiden genannten Zeitungen ein, dass sie dem »rechtsextremistischen Arndt-Verlag« nahe stehen. Ihr liegen aber angeblich keine Erkenntnisse vor, über Versuche von RechtsextremistInnen an den Strukturen der ZMZ zu partizipieren.

Hinzu kommt, dass das Verteidigungsministerium weite Teile der Antworten auf die Anfrage der Partei die Link zur Zusammensetzung der Verbindungskommandos geschwärzt oder als Verschluss-sache eingestuft hat.

Wir haben kein Interesse daran mit diesem Artikel ein Horrorszenario an die Wand zu malen. Trotzdem muss festgestellt werden: Die Vorbereitungen für Repressiveinsätze der Bundeswehr im Innern sind soweit fortgeschritten, dass alle fortschrittlichen, emanzipatorischen Bewegungen sie als ernsthafte Bedrohung erkennen sollten.

Die Kosten für die Rettungspakete für Konzerne & Banken, in Folge der aktuellen Wirtschaftskrise, sollen erklärtermaßen auf den Großteiler von Lohn und/oder Sozialleistungen Abhängigen abgewälzt werden. Zudem wird das im Wesen des Kapitalismus liegende Bestreben, Wirtschaftswachstum durch Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen herbeizuführen, durch die aktuelle Krise noch beschleunigt. Die Schere zwischen arm und reich wird immer schneller und weiterauseinander gehen. Die daraus entstehenden sozialen Konflikte innerhalb der BRD werden sich immer rasanter verschärfen.

Wenn wir der Verschlechterung unserer Lebensbedingungen etwas entgegensetzen wollen, müssen wir Möglichkeiten finden effektiven, außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren.



Mit großer Sympathie & Hoffnung blicken wir auf die entstehende Bildungstreikbewegung, die noch viel zu zaghaften Krisenproteste, die für Deutschland doch ziemlich massiv vorgetragenen Drohungen der Gewerkschaften nach der Bundestagswahl gegen soziale Verschärfungen Widerstand zu organisieren, die wieder erstarkende Anti-Atomkraftbewegung und die vielen nächtlichen, militanten Aktionen - aber auch auf die in anderen Ländern Europas gefundenen Kampfformen, wie die Fabrikbesetzungen und Managerentführungen in Frankreich oder den Aufstand in Griechenland im Dezember 2008.

Mit großer Sorge sehen wir hingegen, dass linke und linksradikale Bestrebungen in der BRD sich kaum in der positiven Bestimmung von gesellschaftlichen Zielen & noch nicht einmal in einem gemeinsamen Abwehrkampf gegen repressive Verschärfungen treffen.

Die überwachungsstaatlichen Maßnahmen der letzten Jahre, wie die Vorratsdatenspeicherung, die Verschärfung der Versammlungsgesetze & die weitestgehende Aufhebung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten, u.a. durch das BKA-Gesetz, haben schon mehr als eindeutig gezeigt, dass auf sozialen Protest und Widerstand mit Repression geantwortet werden soll. Die Bedingungen, der sozialen Zuspitzung etwas entgegen zu setzen oder gar emanzipatorische Ziele durchzusetzen, werden durch diese Repressivmaßnahmen massiv verschlechtert. Dies würde durch Einsätze der Bundeswehr gegen Streiks & Demonstrationen noch einmal eine neue Qualität bekommen. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass die (alte) Bundesregierung keine Auskunft geben wollte, welche Bedeutung Verbindungskommandos für Repressiveinsätze haben, wenn es zu einer Verfassungsänderung käme, die Einsätze der Bundeswehr im Inneren über den bisherigen Rahmen hinaus ermöglicht. »Hypothetische Aussagen« dazu seien nicht möglich.

Unabhängig von dieser »hypothetischen« Möglichkeit ist es dringend notwendig, dass sich alle linken, emanzipatorischen Gruppen und Organisationen, die zukünftig noch in der Lage sein wollen gesellschaftliche Veränderungen durchzusetzen, mit der Verschlechterung der Bedingungen durch Repressivmaßnahmen auseinandersetzen. Die antimilitaristische Bewegung muss viel klarer machen, dass sich unser

Kampf nicht nur gegen Kriegseinsätze wie in Afghanistan richtet, sondern auch ein Kampf ist, um die Möglichkeiten für emanzipatorische Bewegungen offen zu halten, bzw. zu verbessern.

Es muss viel offensiver gesagt werden, dass das Militär, nicht nur in Afghanistan sondern auch innerhalb der BRD, linken Bestrebungen entgegensteht. Sowohl ganz praktisch durch Einsätze gegen Linke, als auch auf Grund der reaktionären Ideologie, die die Militarisierung transportiert, v.a. der Befehl-Gehorsam-Struktur, der Heroisierung von Gewalt und der damit einhergehenden patriarchalen Zurichtung.

Wir müssen die Diskussion um verschärfte Repression, deren Spitze die Bundeswehr im Inneren darstellt, in die potentiell davon betroffenen Gruppen und Organisationen tragen. Es kann nicht sein, dass flächendeckend Strukturen etabliert werden, die Bundeswehreinlandseinsätze koordinieren, gleichzeitig Einsätze gegen Demonstrationen geübt werden und sich diejenigen, die auch künftig demonstrieren wollen, nicht dazu verhalten. Es kann nicht sein, dass offen über den Einsatz von SoldatInnen gegen Streiks geredet wird, ohne dass es Reaktionen von den Gewerkschaften gibt. Es ist für uns unverständlich, wie wenig sich antifaschistische Gruppen für den Themenkomplex »Innere Sicherheit« interessieren, obwohl derzeit zentrale Lehren aus dem Faschismus, die Trennung von Polizei, Geheimdiensten & Militär über Bord geworfen werden und sogar offen geschichtsrevisionistische Organisationen daran partizipieren. Wie kann es sein, dass kriegerische Auseinandersetzungen um Energie geführt werden und die Antiatomkraft- oder auch die Klimabewegung sich nicht darauf beziehen?

Diese Beispiele ließen sich weiterführen. Letztendlich lassen sich in allen politischen Kampffeldern Verknüpfungen zur Militarisierung finden. Wir meinen damit nicht, dass jeder Antimilitarismus zum Schwerpunkt der eigenen Arbeit machen muss, sondern dass alle innerhalb ihres Themenfeldes Verknüpfungen zur Militarisierung aufgreifen sollten. Darüber hinaus müssen dringend Mittel & Wege gefunden werden, wie wir uns trotz der zunehmenden staatlichen Bedrohung linker Politik organisieren und vor allem unseren Anspruch von radikaler Intervention umsetzen können.

Einen beachtenswerten Hinweis geben uns die StrategInnen der ZMZ selbst an die Hand. Genau wie wir glauben sie, dass soziale Zuspitzung & verschärfte Ausbeutung und Prekarisierung über kurz oder lang zu Konflikten führen, die ihren Ausdruck nicht zu Letzt in Aufständen finden werden. Im Prinzip werden mit der Benennung von Kommunikationsanlagen und Transportwegen als kritische Infrastruktur, die zur Aufrechterhaltung wirtschaftlicher & staatlicher Abläufe notwendig sind, und die ihren Ausdruck in der Teilnahme der

Telekom, der DB und der Post an den Koordinierungsgremien zur ZMZ finden, auch schon lohnende Angriffspunkte genannt. Wir sollten den Fingerzeig auf die angreifbaren Netzwerke der Kommunikation und des Transportes als Lebensadern des globalisierten Kapitalismus & auch des weltweiten Kriegszustandes ernst nehmen.

Dabei sollten wir allerdings im Kopf behalten, dass dies, nur ein beachtenswerter Aspekt und keine Perspektive ist. Trotzdem, der Staat bereitet sich auf Aufstände vor und auch wir sollten uns überlegen, ob und wie wir uns in künftig aufbrechenden Konflikten bewegen können. Gerade weil die (radikale) Linke voraussichtlich nicht deren Auslöserin sein wird, müssen wir uns Gedanken über Organisationsformen und Handlungsmöglichkeiten machen, die sowohl gegen soziale als auch repressive Verschärfungen bestehen.

Anstatt weiterhin bewegungsunfähig wie das Kaninchen vor der Schlange zu sitzen und über die Schwäche der (radikalen) Linken zu klagen, sollten wir endlich anfangen, gemeinsam nach Wegen zu suchen. Ein »Weiter so« zersplitterter, sich nicht aufeinander beziehender, linker Teilbereichskämpfe wird uns immer tiefer in die Bedeutungslosigkeit führen & es dem Staat leicht machen, unsere Strukturen zu kontrollieren. Die zentrale Frage, die alle linken Bewegungen betrifft, ist:

Wie können wir in einer Gesellschaft, in der die sozialen Konflikte sich zuspitzen und die Möglichkeiten des Widerstands eingeschränkt werden, Verbesserungen durchsetzen und in die Offensive kommen?

Wie das aussehen kann, werden wir nur durch kollektive Diskussion und Praxis herausfinden. Diese Frage weiterhin zu ignorieren, wäre aber mehr als nur eine vergebene Chance. Es wäre das Aufgeben des Anspruchs von radikaler Veränderung und systemüberwindender Praxis.

Wir fordern Alle, die zukünftig emanzipatorische Veränderungen herbeiführen wollen - von antifaschistischen Gruppen und anderen linksradikalen/autonomen Gruppen über Basisgruppen der Gewerkschaften, der Studierenden- und der Schüler_innenschaft bishin zur Basis linker Parteien und Jugendorganisationen - auf, sich mit diesen Themen auseinander zu setzen & zu diskutieren, wie Widerstand zu organisieren ist.

Beauftragte der Selbstorganisation für antimilitaristische Praxis und Aufstand (BeaSoaPA) Hannover

[kontroll-verlust@web.de]



Flugblatt vom COP15

Folgendes Communiqué wurde Samstag, den 12. Dezember 2009 von einem Teil des Schwarzen Blocks bei der Demo gegen den Klimagipfel COP15 zum Bella Center in Kopenhagen verteilt. Kurz nach Erscheinen des Textes werden bei Börse und Außenministeriums die Scheiben eingeschlagen. Als die Polizei daraufhin Leute festnehmen will, hindern einige Climate Justice Action AktivistInnen den Schwarzen Block handgreiflich daran, sich dem »System Change Not Climate Change« Block anzuschließen. Der COP15 ist vorbei, die Diskussion der europäischen autonomen Bewegung über das Interne Policing und den Code der »Gewaltfreiheit« von Climate Justice Action (u.a. getragen von Gruppen der Interventionistischen Linken IL) hat gerade erst begonnen...



GREENPEACE // GREENPOLICE

ZWISCHEN TAUSENDEN LEUTEN, die die Welt retten wollen, treffen wir uns zur Demo zum Bella Center, doch irgend etwas stimmt nicht. Die Parolen klingen einfach zu bekannt. »Traditionelles Wissen und neue Technologien müssen Hand in Hand gehen.« Haben wir das Gleiche nicht auf Werbetafeln überall in der Stadt gelesen?

ALLE SPIELEN IHRE ROLLE AUF DEM GIPFEL, wie in einem Film. Auf verschiedenen Versionen der gleichen Bühne, die sich vor allem durch ihr unterschiedliches Budget unterscheiden. Das Gebäude des Klimaforums erinnert an einen Mix aus Raumstation und Kunstgalerie. Zwischen Graffiti, Drogen und Reggae-Music ist der Traum in Christiania schäbiger, doch unterhaltsamer. Im sterilen und opulenten Bella Center schließlich arbeiten NGOs mit den Delegierten hart an einem Vertrag, uns alle zu retten. Draußen erzählen die gleichen Gesichter über Lautsprecher dass wir »politischen Druck« ausüben sollen, um die Verhandlungen zu beeinflussen.

ES SCHEINT EINE GEMEINSAME LOGIK ZU GEBEN zwischen den Delegierten der Regierungen, den NGOs, welche die Demo kontrollieren und selbst den radikalen ökologischen AktivistInnen: wir alle retten die Menschheit zusammen. Wer würde dafür

nicht kämpfen wollen? Und selbst, wenn Du es nicht willst, hast Du überhaupt eine Wahl? Niemand scheint Zeit zu haben kurz innezuhalten & nachzudenken was wir hier retten sollen, was die Menschheit bedeutet. Was beinhaltet der Glaube an die Existenz einer einzigen politischen Einheit, die uns alle verbindet? In der vereinten befriedeten Welt, die als Image durch Kopenhagen geistert wird Politik obsolet. Was, wenn die Mobilisierung der gesamten Stadt und selbst der Proteste nichts anderes als eine enorme Peacekeeping-Operation ist?

IN ZEITEN DES KRIEGES steht hinter jedem Aufruf zur Einheit der Aufruf zur Unterwerfung. Alle sind sich einig, dass der Kapitalismus in der Krise steckt, dass bisherige Formen der Verwaltung nicht ausreichen werden. Dieser Gipfel ist der vielleicht bislang offensichtlichste Hinweis auf die Gestalt der kommenden Verwaltung, in der die Beteiligung aller obligatorisch sein wird. Dieser Schritt könnte als *Social Engineering* beschrieben werden. Als eine utopische Anstrengung ein vollkommen kontrolliertes Leben zu *produzieren* - eine total berechenbare Existenz - indem sie uns vergessen machen, dass es einige Kämpfe gibt, die sich nicht auf Machtspiele reduzieren lassen, dass Freundschaften manchmal mehr sind als Ökonomie. Dieser lebendige Überschuss kann nicht beschrieben, er kann nur erfahren werden. Was allerdings beschrieben werden kann ist die Art und Weise, in der diese Operation der Reduzierung funktioniert: Zunächst wird unser Leben in verschiedene quantifizierbare Stückchen zerteilt, um uns die frisch defragmentierte, domestizierte Version anschließend als *the real thing* wieder zu verkaufen: »Hope in a bottle«.

DIE BEGEISTERUNG MIT DER ALLE POLITISCHEN STRÖMUNGEN zur Ökologie konvertieren lehrt uns einiges über die wahre Natur dieser neuen grünen, universellen Religion. Vom Herzen des Bella Centers bis zum leidenschaftlichsten AktivistInnen ist, jenseits aller Unterschiede im Tonfall, der gleiche Aufruf zu hören: uns selbst zu unterwerfen. Im Namen des Lebens selbst alles zu opfern, was das Leben lebenswert macht. Die Gegenwart zu vertagen, um die Zukunft zu retten. Unser Verlangen zu kontrollieren und, vor allem, das zerbrechliche Gleichgewicht nicht zu stören. Ökologie setzt das gleiche Konzept der Existenz voraus, das auch die Polizei kennzeichnet: Die Gefahr lauert überall, an erster Stelle in uns selbst.

Wenn der Erfolg des Gipfels von der Beteiligung der Bevölkerung im Zentrum einer jeden Stadt abhängt,

WOHIN DENKT IHR SOLLTEN WIR GEHEN?

Wenn die Polizei in all ihren Formen die neue Essenz der globalen Politik darstellt,

WAS DENKT IHR SOLLTEN WIR TUN?

I don't believe in the good Cop!

Wer kennt nicht den guten und den bösen Bullen, Rollen in einem abgekarteten Spiel. Diese Technik verbreitet sich zusehends: Wo Grenzen fließender werden zwischen Krieg & Polizeieinsatz, »Sicherheitskräfte« gemeinsam die total entgrenzte Aufstandsbekämpfung üben - alles im Dienste der Wachstumsbeschleunigung. Im Rollenspiel »freiwilliger« Unterwerfung geben die Cops das Less-Lethal-Team der BW. Fuck them.

Berlin: Polizeikongress in Konzernform angegriffen

Eine Leitfrage des 13. Polizeikongresses lautet, was europäische Polizeien »von den Streitkräften lernen« können. In der Praxis haben Sponsoren der IT-Branche bereits x Antworten auf diese Frage. Folgen folgen.



»Wir haben in der Nacht zum 29. Januar zwei Fahrzeuge der Firma Siemens angezündet [...] Vertreter von Siemens sind in jeder Regierungsdelegation vertreten, die für die kapitalistische Durchdringung aller Lebensbereiche um die Welt reisen. Dabei werden Projekte klargemacht, die Natur & Menschen zerstören. Um Proteste dagegen niederzuschlagen, rüstet Siemens die Polizeien aller Staaten mit Technik aus.

Als Lobbyist bereitet Siemens Gesetzesveränderungen vor, die den Firmeninteressen dienen. Eine dieser Gelegenheiten ist der Polizeikongress in Berlin, wo sich Aufstandsbekämpfer und Todesschwadronen treffen, um ihr blutiges Handwerk zu perfektionieren [...] Soziale Kontrolle sabotieren - Polizeikongress angreifen!

mfg, die Autonomen«

Buenos Aires: Angriff auf Polizei-Rekrutierungsbüro

11. Januar 2010

Mit zwei Mollies greift die Curt Wilkens Brigade der Revolutionary Cells das Rekrutierungszentrum der Metropolitan Police in Buenos Aires an. Ein Motorrad vor der Türe entflammt, die Fassade wird in Mitleidenschaft gezogen. »Hier sind wir wieder. Nichts wird die Stimme der Unterdrückten in der Revolte zum Schweigen bringen. Wir senden einen Gruß an alle KämpferInnen der Welt und sagen den Exekutoren noch einmal: Dies ist ein Krieg und wir werden nicht stoppen, bevor ihr fallt!«

In Solidarität mit einem Hungerstreik anarchistischer Gefangener griffen in Chile verschiedene revolutionäre Zellen in den vergangenen Wochen verstärkt Banken und andere Ziele der Knast-Gesellschaft an.

[thisisourjob.wordpress.com]

Philippinen: Minenfirma erfolgreich vertrieben

11. Januar 2009 - Insel Mindanao

Nahezu die gesamte Community Anislagan versammelte sich an diesem Tag, um sich Philex, der größten philippinischen Minenfirma in den Weg zu stellen. Philex will auf dem Land der Anislagan ein »livelyhood training center« errichten, um den mehr als 10 Jahre währenden Widerstand gegen die Minen zu korrumpieren, was in anderen Communities bereits geschehen war.



Anislagan verfügt über ein funktionierendes Bewässerungssystem der Reisfelder des Dorfes & ist ökonomisch unabhängig. Dass ausgerechnet diejenigen, deren Gold- und Kupferminen im sog. Bayugo Project schon heute Flüsse und Wasserversorgung zerstören nun die Leute lehren wollen, wie sie leben sollen wird als bodenloser Zynismus & große Unverschämtheit empfunden.

Die Blockade in Anislagan erwies sich als unüberwindbar. Mehr und mehr Menschen schlossen sich an & zwangen den Convoy schließlich zur Umkehr. »Wir Frauen und Kinder hier sind jederzeit bereit, unser Land zu verteidigen. Dieses Land ist unser Leben. Wir sollten dafür kämpfen!«

[saveanislaganwatershed.blogspot.com]

In Canada feiern die Kitchenuhmaykoosib Inninuwug (KI) einen Erfolg gegen Platonex. Ein Gericht verfügte im Dezember, dass die Bergbaufirma die Schürfrechte zurückgeben muss. Das Urteil könnte Präzedenzcharakter für zahlreiche Kämpfe in diesem Bereich haben. Die Provinzregierung Ontario müsste künftig laut Memorandum die Erlaubnis der örtlichen indigenen Communities einzuholen, bevor sie Abbaurechte an Firmen vergibt.

[continentalcry.org]

Köln: Aktion gegen Virus Militaris Teutonicus

7. November 2009

Nach dem Motto »Töten ist kein Handwerk, Mord ist kein Beruf« sperrt eine antimilitaristische Selbsthilfegruppe den Stand der BW auf der Messe »Beruf Live« mit Flatterband ab, verteilt Flugblätter und weist die Jugendlichen auf die Gefahren der BW hin. 10 Minuten später erscheint Security und beschert der Aktion unfreiwilligen Zulauf: Noch mehr Interessierte kommen, lesen Flugis, diskutieren. Im Anschluss verlassen die AktivistInnen die Messe unbehellig.

Militärkonzerte gestört in Kirchen und überhaupt...

Advent, Advent, die Bundeswehr rennt: In die Kirchen. In **Berlin** fand das erste einer Serie von Militärkonzerten in der St.-Mauritius-Kirche in Lichtenberg statt. AntimilitaristInnen protestierten mit Transpi auf der Bühne und Flugblättern deutlich sichtbar gegen die »Unheilige Allianz« aus Kreuzzugshetzern und Mörderbanden.

Der Pfarrer lud sich drei Musikkorps ein, die unter dem Titel »Luftwaffe trifft Kirche« ein »bunt gemischtes Repertoire« zum besten gaben. Nach Diskussionen mit dem Pfaffen verließen die AktivistInnen die Kirche, und wurden draußen von 12 Bullen in zivil in Empfang genommen. Personalienfeststellungen folgten, gegen einen Aktivist wird nun wegen »Verstoß gegen das Versammlungsgesetz« ermittelt.

Am 8.12.2009 lieferten in **Hannover** 80 MusikantInnen ein Konzert der besonderen Art vor und während des Adventskonzertes der 1. Panzerdivision. Topfdeckel, Kochtöpfe, Tröten, Blechwannen und Trommeln erzeugten Musik, die keinen Gedanken an besinnliche Stunden zuließen, bevor die Soldaten in den Krieg ziehen. »Wir spielen vielleicht ein bisschen schräg, aber dafür führen wir keinen Krieg« so das Motto.

In **Bückerburg** schaffte es das Transpi der emsigen BW-VerächterInnen am 1.9.2009 nicht bis zur Bühne. Aber - »Die Big Band spielt - die KollegInnen morden« - ein Flug erklärte den KonzertbesucherInnen, warum die BW nicht nur auf begeisterte Fans trifft.

In **Göttingen** rief am 17. November 2009 Das »Wohltätigkeitskonzert« der »klingenden Visitenkarte der BRD« (Heeresmusikcorps 2 aus Kassel) rief 30 Antimils auf den Plan: Sie protestierten mit Transparenten und Flugblättern vor der Stadthalle, ein Mensch erklimmte eine Laterne und spannte ein »Spiel mir das Lied vom Tod«-Transpi. Lesbar war es auch im Inneren der Halle, und sorgte dort für erregte Diskussionen. Vier Leute gelangten in die Veranstaltung: Nach Zwischenrufen (Soldaten sind Mörder) & Trillerpfeifkonzert wurden sie nach und nach (sehr unsanft) unter Drohungen des restlichen Publikums aus dem Saal geräumt und erhielten Platzverweise.

Wohl in diesem Zusammenhang wurde bereits in der Nacht auf den 17. die Fassade der Stadthalle mit nem promilitaristischem Jubelgraffiti (»Danke für die Bomben«) verschönert, der Soldatenhelm des Kriegsdenkmal in der Nähe erstrahlte morgens in lieblichem rosa.

In **Balingen** sprühen Antimils am zweiten Weihnachtsfeiertag »Bundeswehr abschaffen« und »BW-Musix nein« an die Messehalle. Sie werfen Steine, Scheiben gehen zu Bruch, der Messechef resümiert traurig: »Die linke Tür ist hin«. Hintergrund ist vermutlich eine Veranstaltung der BW am gleichen Abend.

Göttingen: Piraten entern Veranstaltung

26. November 2009

Ohne Holzbeine, aber mit Transpis und Plakaten stürmen 25 AktivistInnen eine Veranstaltung an der Uni. Geladen, um über die »Bedrohung durch Piraten und wie man ihr begegnet« zu sprechen, waren ein Kapitänleutnant der BW nebst Professor für Völkerrecht. Die Anti-KriegerInnen erklären die Podiumsdiskussion für beendet & verschließen von außen die Türen, um Gäste und ReferentInnen ein wenig schmoren zu lassen. Nach einer halben Stunde geben diese auf - Aktion erfolgreich! Resümee: »Wer die Bundeswehr einlädt, muss mit antimilitaristischem Widerstand rechnen!«

Kassel: Keine Statisten für den Krieg!

15. Oktober 2009

Die 12 FriedensfreundInnen waren hell auf begeistert: Das Flugblätterverteilen mit »militärischem Schauspiel« inklusive reichlich Theaterblut gegen das Casting der »Supply and Service Team GmbH« SST war erfolgreich: das angemietete Hotel hatte keinen Bock auf Imageschaden & kündigte kurzerhand die Räume.



SST sucht arabische Statisten für die Ausbildung von US-Soldaten in Deutschland. Gleich nebenan in Hohenfels übt auf einem der größten Truppenübungsplätze der BRD neben der US-Army auch die BW Häuserkampf, die Erstürmung von Wohnungen, den Kampf in den Bergen oder die Durchführung von Konvoi-Fahrten. SST rekrutiert übrigens auch in Wolfsburg und Bochum.

Massensterben vor BW

28. September 2009

Auf ein Signal hin brachen 20 KriegsfeindInnen vorm BW-Karrieretreff in **Hannover** zusammen. Kunstblut floss in Strömen. Am folgenden Tag übernahm die Polizei den Job Jugendliche von der BW fernzuhalten & verwies die Zielgruppe des Platzes.

In **Stuttgart** wurde am 24.10. in Reihen aufgebahrt gestorben: Blutbesudelt vorm BW-Stand der Messe »Startschuss Abi«.

Rosarno, Italien: Hunderte MigrantInnen revoltieren

9. Januar 2010

Nachdem lokale Rassisten auf die elenden Unterkünfte der schwarzen LandarbeiterInnen mit einem Gewehr geschossen hatten, reicht es ihnen endgültig: Hunderte ziehen in die Stadt, zerstören Geschäfte, bauen Barrikaden und liefern sich Kämpfe mit der Polizei. Anwohner fordern »alle Schwarzen rauszuschmeißen aus Rosarno«, benutzen ihre Autos, um Leute zu jagen und gehen mit Waffen auf die MigrantInnen los. Am Abend des 10. Januar schließlich vertreiben sie im Zusammenspiel mit der Polizei alle 4000 MigrantInnen aus Rosarno. Etwa 1000 Menschen sitzen seitdem in Abschiebehaft, die anderen flüchteten zu Fuß, mit dem Zug oder in Autos aus der Region.



Nur wenige Gruppen in Italien solidarisierten sich mit den Aufständischen. In Genua verteilen AnarchistInnen ein Flugblatt, das in der Revolte die Rückkehr des Spartakus erkennt und eindeutig begrüßt. Immerhin.

Im Süden Italiens arbeiten zehntausende MigrantInnen unter ätzenden Bedingungen v.a. in der Landwirtschaft. Die meisten von ihnen sind gezwungen ohne Wasser und Elektrizität in leeren Fabrikhallen zu leben, ausgebeutet von einer Melange aus Mafia, örtlichen PolitikerInnen & Geschäftsleuten. Imer wieder kommt es zu Revolten, die oft von Mafiasöldnern in Blut erstickt werden.

[sysiphus-angrynewsfromaroundtheworld.blogspot.com]

Letzlinger Heide: Blut auf Gefechtsübungszentrum

26. September 2009

Beim Tag der Offenen Tür fallen plötzlich Schüsse: Einige Menschen brechen blutend zusammen. Soldaten sprechen die Leichen an, vergebens. Da wird ein Banner entrollt: Soldaten sind Mörder! Flyer informieren & regen zur Diskussion an.

In der Letzlinger Heide sind neben diversen Kampfschnickschnack, Schießplätzen & Simulatoren verschiedene Übungsszenarien aufgebaut, darunter ein muslimisches und ein christliches Dorf, in denen SoldatInnen sich auf Kampfeinsätze in Afghanistan vorbereiten. Häuserkampf & Kommunikation mit potentiellen künftigen Opfern. Auch ein Szenario mit U-Bahn wird gerade gebaut – und das, obwohl es weder in Kabul noch in Bagdad eine U-Bahn gibt...

Abrüstung von unten IV BW Carsharing verbrannt

26. Oktober 2009

Richtig klar ist nur, dass in Mönchengladbach an diesem Tag in der Rheydter Str. ein Auto des BW Carsharing-Fuhrparks in Flammen aufging. In einem Communiqué ist jedoch von mehreren Orten die Rede:

»Manche Räder stehen still, wenn antimilitaristischer Widerstand nur will

Die BW Fuhrpark Service GmbH betreibt als Erweiterung ihrer Dienstleistungen für die BW auch ein zivil nutzbares Carsharing-Projekt, um die Auslastung ihrer Fahrzeugflotte zu verbessern. An der BW Fuhrpark Service GmbH ist die Deutsche Bahn zu 24,9%, 6 das Kriegsministerium zu 75,1% als Gesellschafter beteiligt. Dieses Carsharing-Modell ist mit über 3.000 Fahrzeugen und Stellplätzen in verschiedenen Städten im öffentlichen Raum präsent. Unter dem Motto »das richtige Fahrzeug zur richtigen Zeit am richtigen Ort« können sich interessierte Kunden per Internet über den nächst liegenden Stellplatz und die verfügbaren Fahrzeuge informieren.

In der Nacht vom 25. auf den 26.10.2009 haben wir an mehreren Orten diese Autos fahruntüchtig gemacht. Die BW Fuhrpark GmbH ist als Mobilitätsdienstleister der BW und für Armeen anderer Staaten tätig. Das Unternehmen wurde 2002 von der Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (g.e.b.b.), eine 100% Firma des Kriegsministeriums, gegründet. Der vom Kriegsministerium erteilte Auftrag beinhaltet, die nicht bewaffneten Fahrzeuge der BW kostengünstig zu modernisieren. Die Fuhrpark GmbH verfolgt die Zielsetzung, die wirtschaftlich effektive Bereitstellung von Fahrzeugen, Fahrdienstleistungen und ein kundenorientiertes Mobilitätskonzept.

Die privatwirtschaftliche Auslagerung von Tätigkeitsfeldern, die zuvor von der BW abgedeckt werden mussten, ist Teil des Transformationsprozesses der BW. [...] Das Personal der BW soll sich ganz auf die militärische Kernaufgabe konzentrieren können. Dies geschieht mit der Perspektive auf dauerhafte militärische Einsätze der BW weltweit.

Die Fuhrpark GmbH stellt der BW 25.000 Fahrzeuge zur Verfügung, zivile und mit militärischer Sonderausstattung. Als »Contractor on the Battlefield« erbringt das Unternehmen weltweit einsetzbare Mobilitätsdienstleistungen, so auch im Rahmen des ISAF-Einsatzes in Afghanistan.

Nicht der alleine mordert, der die Handgranate wirft, sondern auch der, der die Bedingungen dafür schafft - Kriege sind Bestandteil kapitalistischer Gesellschaften.

Für die Entmilitarisierung der Gesellschaft! Grüße an alle Kriegsdienstverweigerer und Deserteure.

Antimilitaristen on the road«

Berlin: Blutverschmierte Soldatenschweine geehrt

8. September 2009



Aus Anlass der Einweihung des »Ehrenmals für die Bundeswehr« durch Kriegsminister Jung stellen AntimilitaristInnen klar: »Kriegsführen hat nichts Ehrenhaftes«. Schweine in Uniform wälzten sich vorm Bendlerblock im Blut ihrer Opfer und traten kräftig zu.

Fürth: Aktionen gegen den Tag der Reservisten

19. September 2009

Gleich morgens macht das bayrische USK den ersten Stress & hindert AntimilitaristInnen handgreiflich am Verteilen von Flugblätter in der City. Die Polizei umstellt den Stand der BW, um den herum sich trotz Repressalien immer mehr Menschen versammeln. Während in einer Flashmob Aktion um 14 Uhr 200 Luftballons mit Friedenstauben um die BW herum aufsteigen, wird zu Füßen der Offiziere mit einem Die-In ein Leichenberg in Szene gesetzt.

Köln: Deserteurs-Denkmal feierlich eingeweiht

1. September 2009

70 Jahre nach Beginn des 2. Weltkrieges ist es soweit: Das erste Mahnmal der Republik zur Ehrung der Deserteure und Opfer der NS-Militärjustiz wird eingeweiht. Neben der Bürgermeisterin der Stadt nimmt auch der Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann an der Zeremonie teil. Er weist auf die Verlogenheit der teilnehmenden PolitikerInnen hin, die heute der Opfer der NS-militärjustiz gedenken, um im nächsten Atemzug der nächsten Ausweitung des Kriegseinsatzes in Afghanistan zuzustimmen.

Propaganda an die Wand

Ende September

Auch mit geringen Anstrengungen kann die Truppe und ihr dämlicher Krieg geschmäht werden. In **Göttingen** verbesserte die ein oder andere Sprechblasen Propaganda der BW, in **Mannheim** schrieben AntimilitaristInnen ihre Botschaften direkt auf Asphalt.



Europäische Offensive – Der Vertrag von Lissabon

Sabine Lösing & Jürgen Wagner [gekürzt]

Die Militärpläne der EU-Großmächte

für dieses Jahrzehnt: Sich innerhalb der EU durchsetzen, die Außenpolitik militarisieren und Unternehmensinteressen sichern

Als offizielle Geburtsstunde für die Militarisierung der EU gilt der Ratsgipfel in Köln Juni 1999. Auf ihm wurde die grundsätzliche Entscheidung getroffen, eine EU-Eingreiftruppe für globale Kriegseinsätze aufzustellen. Ein halbes Jahr später wurde die Zielgröße der mittlerweile einsatzbereiten Truppe ausgegeben: 60000 Soldaten (mit Rotation & logistischer Unterstützung 180000 Soldaten). Erste Einsätze folgten 2003, seither werden immer häufiger Militärs zur Durchsetzung europäischer Interessen eingesetzt.

Kein Wunder also, daß sich der EU-Rat auf seiner Tagung vom 17.11.2009 mit der Erklärung »Zehn Jahre ESVP – Herausforderungen & Chancen« über den grünen Klee lobte: »In Anbetracht des 10. Geburtstags lobt der Rat den Erfolg dieser Politik, die zur Stationierung von etwa 70000 Soldaten in 22 Einsätzen & Missionen führte.« Dennoch verriß Nick Whitney, ehem. Leiter der EU-Rüstungsagentur, die bisher geleistete EU-Außenpolitik: Die EU bleibe weit hinter ihrem Ziel zurück.

Was stimmt nun? Die Antwort: beides! Einerseits sind Umfang und Tempo der EU-Militarisierung beängstigend; andererseits ist man bei weitem noch nicht soweit, wie man gern wäre. Denn die Zielsetzungen sind überaus ambitioniert: So beschloß der EU-Rat Dezember 2008, schnellstmöglich die Kapazitäten aufzubauen, künftig bis zu 19 ESVP-Einsätze gleichzeitig durchführen zu können – darunter zwei hochintensive Kampfoperationen & zwei »Stabilisierungsmissionen«, also Besatzungseinsätze.

Fokus auf Großmachtkonflikte

Der am 1.12.09 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon liefert nun die rechtlichen Rahmenbedingungen, die Militarisierung zu forcieren. Bereits im Vorfeld wurden eine Reihe »Wunschlisten« ausgearbeitet. Der mit Abstand wichtigste Forderungskatalog ist ein Sammelband des EU »Institute for Security Studies« (ISS): »What ambitions for European defence in 2020?« erschien Juli 2009 & war kurz danach vergriffen. Im Oktober 2009 ging der Band nach dem »erfolgreichem« irischen Ja zum Vertrag von Lissabon in die zweite Auflage. Gleich im Vorwort wird die Bedeutung des Konvolut von Javier Solana unterstrichen. Es handele sich um einen »wichtigen Beitrag zur strategischen Debatte«. Die EU habe sich erfolgreich zu einem Akteur mit globalem Machtanspruch gemauert, nun sei es erforderlich, die hierfür notwendigen militärischen Mittel bereitzustellen: »Wir

müssen über das Personal & die Kapazitäten verfügen – sowohl zivil als auch militärisch –, diese politischen Ambitionen zu unterfüttern. Mit der gegenwärtigen Lücke zwischen Ambitionen und der Realität muß sich beschäftigt werden.« (S.7f) Was das konkret bedeutet, verdeutlicht Álvaro de Vasconcelos, ISS-Chef & Herausgeber des Sammelbandes, in seiner abschließenden Zusammenfassung: Schnellstmöglich gelte es nun, die ins Feld fähbaren Truppen auf 120000 Soldaten zu erhöhen, also 360000 Kämpfer zur Durchsetzung europäischer Interessen (S. 162). Auch bezüglich der Frage, wofür bzw. gegen wen sich die EU zu rüsten gedenkt, wird Klartext geredet.



Neben dem »Umgang« mit Konflikten in der sog. Dritten Welt beschäftigen sich die Beiträge mit den wachsenden Rivalitäten zwischen den Großmächten. Nicole Gnesotto, seit Jahren Teil des EU-Militärestabishments, stellt die Frage: »Soll die europäische Außenpolitik versuchen, die kränkelnde westliche Vorherrschaft aufzupäpeln, um Europas Position innerhalb des Systems zu verbessern?« (S. 35)

Der Direktor des »Swedish Institute for International Affairs«, Tomas Ries, liefert die Bedrohungsanalyse. Zwar sein die Gefahr durch staatliche Akteure zurückgegangen, doch keineswegs obsolet. Nordkorea, der Iran und Russland hätten sich aus dem Globalisierungsprozeß ausgeklinkt & würden deshalb eine – zumindest potentielle – Bedrohung darstellen: »Die Aufgabe besteht darin, diese (Länder) umzudrehen &, falls das scheitert, mit ihrer Kampfansage an die sich globalisierende Welt fertig zu werden. Das wird Kapazitäten für harte Machtausübung erfordern. Gegenüber diesen (Staaten) sind Kapazitäten sowohl zur Unterstützung einer Einflussausübung im

Clausewitzschen Sinne als auch für mögliche direkte militärische Konfrontationen erforderlich.« (S. 68 f.)

Besonders eifrig ist Ries um den Schutz des globalisierten Systems bemüht. Denn auch im Militärestablishment ist man sich darüber bewußt, daß die vom neoliberalen Globalisierungsprozeß verursachte Armut zu zunehmenden Konflikten in der »Dritten Welt« führen wird. Weil sich dieses System aber als überaus profitabel für europäische Konzerninteressen erwiesen hat, steht ein Kurswechsel nicht zur Debatte. Im Gegenteil, trotz der fatalen Folgen, die die Wirtschafts- und Finanzkrise gerade für den globalen Süden hat, beabsichtigt die EU, die neoliberale Außenwirtschaftspolitik beizubehalten, ja sogar noch zu intensivieren.

Exemplarisch seien hier die Aussagen von EU-Kommissarschef José Manuel Barroso »Politische Leitlinien für die nächste Kommission« vom 03.09.2009 angeführt: »Der erfolgreiche Abschluß der Doha-Runde hat auch weiterhin oberste Priorität. Aber wir müssen sicherstellen, dass bei Handelsrunden die Interessen der EU gewahrt werden. Wir müssen daher stärker als bisher alle Register unserer Außenpolitik ziehen, um so mit »sanfter Gewalt« solide Ergebnisse für EU-Unternehmen und -Bürger zu erzielen. Das europäische Interesse muß in kohärenter Weise entschlossen geschützt & gefördert werden.«

So besehen bleibt den EU-Militärstrategen wenig anderes übrig, als sich auf die »Stabilisierung« zunehmender Armutskonflikte vorzubereiten, um den Dampfkessel der Globalisierungskonflikte halbwegs unter Kontrolle zu halten. Tomas Ries räumt mit geradezu unverfrorenen Offenheit ein: »Abschottungsoperationen (Barrier operations) – die globalen Reichen gegen die Spannungen und Probleme der Armen absichern. Da der Anteil der Weltbevölkerung, die in Elend und Frustration lebt, erheblich bleiben wird, werden die Spannungen & Übertragungseffekte zwischen ihrer Welt und der der Reichen weiter zunehmen. Weil wir wahrscheinlich dieses Problem bis 2020 nicht an seiner Wurzel gelöst haben werden, müssen wir unsere Barrieren verstärken.« (S. 73) Folgerichtig wurde auf der EU-Ratssitzung im Oktober der weitere Ausbau von FRONTEX beschlossen.

Es besteht aber auch direkter Interventionsbedarf, & zwar spätestens dann, wenn relevante ökonomische oder strategische Interessen betroffen sind, gar die Stabilität des Gesamtsystems gefährdet ist. Mit den Worten des Schreibtischtäters Ries: »Die Absicherung der Finanz-, Handels- und Warenströme wird eine Kapazität für globale ordnungspolitische Polizeieinsätze (policing) erfordern.« (S. 69) Um die Bedeutung dieser Ausführungen zu unterstreichen, bediente sich ISS-Chef Vasconcelos nahezu gleicher Begrifflichkeiten. Es sei notwendig, die »Ströme der Globalisierung offenzuhalten.« (S. 166)

Zivil-militärische Besetzung

Zur Stabilisierung der turbulenten werden die Peripherie sei endgültig Abstand von früheren Ansätzen zu nehmen, die bei Einsätzen angeblich auf Zurückhaltung, Neutralität und die Zustimmung der Konfliktparteien gesetzt hätten. So dies je der Fall war, ist diese Phase nun für Ries endgültig Geschichte: »Social engineering« durch militärisches »Nation building« ist angesagt: »Operationen mit Bodentruppen« (»Boots on the Ground Operations«) seien in zunehmendem Maße erforderlich für »die Gewährleistung von Sicherheit zur Konfliktbewältigung oder zum Nation Building im Übergang von der konsensuellen Friedenswahrung zur Friedenserzwingung.« (S.63) Bei solchen Einsätzen steht nicht mehr die Bekämpfung einer regulären Armee, sondern die Kontrolle einer Krisenregion mittels Besetzung und »Nation Building« im Vordergrund. Die »Long Term Vision«, ein Dokument der EU-Rüstungsagentur, die Grundlage für sämtliche Rüstungsprojekte der EU, formulierte bereits Oktober 2006: »ESVP-Einsätze werden künftig eher auf die Ziele »Sicherheit« & »Stabilität« als auf »Sieg« fokussiert sein.

Für »Social engineering« sind Soldaten nur bedingt geeignet, hier werden zivile Akteure (vom Brunnenbauer über Juristen bis Agrotechniker) benötigt. Die Intensivierung »zivil-militärischer Zusammenarbeit« (ZMZ oder CIMIC) wird im ISS-Bericht in nahezu jedem Beitrag gefordert, allerdings wird kaum näher spezifiziert, wie dies konkret erfolgen soll. In diese Bresche springt eine Studie des einflussreichen »European Council on Foreign Relations«. Dort heißt es, die »dogmatische Unterscheidung« zwischen Sicherheits- und Entwicklungspolitik sei »obsolet«. Die EU müsse »ihre komplette Herangehensweise an Auslandsinterventionen überdenken.« Man müsse in der Lage sein, »Gewalt mit kürzerer Vorlaufzeit anzuwenden«. Für die 20 ohnehin unter permanenter Beobachtung stehenden »instabilsten« Staaten müsse je ein EU-Sonderbeauftragter ernannt werden, unter dessen Ägide detaillierte Vorausplanungen erfolgen: »Jeder Plan sollte einen Anhang haben, in dem Notfallpläne für militärische Interventionen enthalten sind.« Zugleich sollen die zivilen Kapazitäten massiv ausgebaut und engstens mit den militärischen Strukturen verzahnt werden. Als »Motivationshilfe« wird vorgeschlagen, EU-Länder, die die Pläne verfehlen, von Führungspositionen auszuschließen. Der im Aufbau befindliche Europäische Auswärtige Dienst (EAD) soll die zivile & militärische Einsatzplanung im Sinne »imperialer Machtpolitik aus einem Guß« miteinander verzahnen.

Kerneuropa im Anmarsch

Eine der wichtigsten - und häufig übersehenen - Neuerungen des Vertrags von Lissabon ist die enorme Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der EU zugunsten ihrer stärksten Mitgliedsstaaten. Dies

betrifft einmal die Stimmgewichtung im Rat, von deren Neuverteilung (»Doppelte Mehrheit«) vor allem Deutschland profitiert, dessen Anteil sich ab 2014 von 8,4 auf 16,73 % nahezu verdoppeln wird. Auch Frankreich und Großbritannien werden zu den Profiteuren zählen.

Im Militärbereich findet die Zentralisierung mit der Einführung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) ihre Entsprechung. Schon lange geistert die Idee »Kerneuropas« durch die Köpfe der EU-Eliten. Sarkozy schlug bereits März 2008 vor, die SSZ dafür zu nutzen, ein »Direktorium« für den Bereich Militärpolitik zu schaffen. Als Mitglieder nannte er Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, Spanien und Polen. Allerdings war bislang gerade im Militärbereich die Bildung eines solchen exklusiven Klubs verboten. Wie Vasconcelos in seinem ISS-Beitrag betont, hat sich auch dies mit dem 1.12. geändert: »Tatsächlich ist die SSZ, die für eine begrenzte Zahl der »Fähigen und Willigen« offensteht, eines der interessantesten Elemente des Lissabon-Vertrages.« (S. 25)

Wichtig ist, dass die SSZ erlaubt, das bis dato gültige Konsensprinzip im Militärbereich elegant auszuhebeln. Gemäß Artikel 46 (6) des Vertrags von Lissabon kann eine SSZ mit qualifizierter Mehrheit begründet werden, anschließend »bezieht sich die Einstimmigkeit allein auf die Stimmen der Vertreter der an der Zusammenarbeit teilnehmenden Mitgliedsstaaten.« Der Trick scheint zu sein, einfach die »Teilnahmeberechtigung« so hoch zu schrauben, daß letztlich nur die größten Mitgliedsstaaten übrigbleiben. Protokoll 10 des Lissabonner Vertrags benennt bereits die Aufstellung von EU-Kampftrouppen und die Teilnahme an den wichtigsten EU-Rüstungsprojekten als notwendige SSZ-Eintrittskriterien.

Der Chef des EU-Militärstabs, Henri Bentegeat, ist sich der »Vorteile« bewußt, wenn er schreibt: »Die Möglichkeit, die der neue Vertrag in sich birgt, (...) eröffnet ein großes Potential für EU-Operationen. Lediglich 1/3 der Mitgliedsstaaten wären nötig, um eine Entscheidung im Rat zum Start einer Operation zu treffen, sofern gezeigt werden kann, daß die Operation die Ziele der Union fördert und ihre Interessen schützt.« (S. 98) Dass dieses Bestreben mit dem dt. Parlamentsvorbehalt kollidiert, ist offensichtlich. Aus diesem Grund wird in der ISS unmißverständlich betont: »Die Möglichkeit, militärische Missionen zu starten, bevor alle politischen Diskussionen stattgefunden haben, muss in Erwägung gezogen werden, damit es zu keinen Verzögerungen kommt.« (S. 163)

Die drohende Keule, daß künftig ein EU-Direktorium über sämtliche relevanten Aspekte der EU-Sicherheitspolitik entscheiden könnte, erzeugt wiederum enormen Aufrüstungsdruck auf die kleineren EU-Länder, die Sorge haben, ansonsten in absehbarer Zeit in militärpolitischen Ange-

legenheiten vollständig an den Katzentisch verbannt zu werden. Ende 2008 legte die EU-Rüstungsagentur den »Capability Development Plan« vor, der zahlreiche »Fähigkeitslücken« identifiziert, die nun sukzessive geschlossen werden sollen. Bis zum Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon war es verboten, Geld aus dem EU-Etat für militärrelevante Ausgaben zu verwenden.

Dies wird sich nun mit dem »Anschubfonds« nach Artikel 41 (3) des Lissabon-Vertrags ändern, aus dem Militärausgaben beglichen werden können. Das eigentliche Politikum ist, daß eine Haushaltskontrolle des EU Parlaments - oder nationaler Parlamente - nicht vorgesehen ist. Staats- & Regierungschefs können allein über den Umfang dieser »Kriegskasse« bestimmen. Dass die Reise Richtung EU-Rüstungshaushalt geht, zeigt Vasconcelos in seinem Beitrag »Ein gemeinsames Budget, das für gemeinsame Strukturen & große Teile der ESVP-Militäreinsätze aufkommt, sollte eingerichtet werden.« (S. 162)

Militäreinsätze im Inland

Die Militarisierung der Innenpolitik wird mit dem Vertrag von Lissabon einen weiteren Schub erhalten. Die »Solidaritätsklausel« (Artikel 222), öffnet Militäreinsätzen im Inland Tür & Tor. In ihr ist nicht nur festgehalten, dass EU-Länder einem Mitgliedsstaat mit allen zivilen & militärischen Mitteln zur Seite eilen, sollte sich ein Terroranschlag ereignen, sondern auch in »einer von Menschen verursachten Katastrophe«. Da dies auch soziale Unruhen mit einschließt, betont Stabschef Bentegeat, das »originelle« an der Solidaritätsklausel sei nicht Terrorabwehr: »Das zweite Element ist interessanter, da es den Einsatz militärischer Mittel auf dem Gebiet eines Mitgliedsstaates auf Anforderung seiner politischen Autoritäten vorsieht.« (S. 99)

Im ISS wird relativ offen erklärt, die EU solle zur Aufrechterhaltung der globalen Hierarchie- & Ausbeutungsstrukturen vermehrt militärische Gewalt einsetzen. Unter Verweis auf die ambitionierten Zielsetzungen fordert der Bericht, dass die »Union ihre zivilen und militärischen Kapazitäten ausbauen muß.«

Die nächsten Interventionsgebiete werden klar benannt: Im Kosovo soll die KFOR von einer militärischen EU-Operation abgelöst werden. Außerdem soll die EU mit »zivilen« Missionen Somalia & Pakistan beim Aufbau von Militär- & Polizeikräften unterstützen. Offenkundig werden EU-Soldaten künftig immer öfter an vorderster Front marschieren. Umso notwendiger, hiergegen Widerstand zu organisieren.

[imi-online.de]



Kein Bund fürs Leben

In letzter Zeit scheint die BW überall zu sein: Egal, welchen Medien wir gerade Aufmerksamkeit schenken, seien es Radio, Zeitung, Internet oder Fernsehen, überall werden wir unangenehm überrascht.

Der nette Arbeitgeber von nebenan?

Ein Berliner Radiosender bringt regelmäßig einen Werbespot der BW, welcher auf ihre Internetseiten verweist. In der Jugendzeitung »Spiesser«, die kostenlos in nahezu jeder Berliner Schule zu finden ist, läuft genau das gleiche Spiel ab. Hier werden immer wieder ganzseitige Anzeigen des »Arbeitgebers Bundeswehr« veröffentlicht. Und bei der Sendung »TV Total« war die Big Band der BW vier Tage lang zu Gast.

Es ist klar: Die BW wirbt nicht ohne Grund in Medien, die vor allem ein junges Publikum ansprechen wollen. Die Streitkräfte der BRD suchen dringend Nachwuchs. Und wie rekrutiert man am besten Teenager? Indem man als souveräner, jugendfreundlicher Arbeitgeber auftritt. Das versucht die BW natürlich auch bei speziellen Veranstaltungen im Jobcenter oder Auftritten mit eigenem Werbemobil. Auf den ersten Blick scheint die BW für junge Menschen ein attraktives und sinnvolles berufliches Angebot zu sein. Ein Studium beim Bund verspricht viele Vorteile: »Einen krisensicheren Arbeitsplatz, gute Perspektiven und die Möglichkeit, nach der Zeit bei der BW im studierten Beruf zu arbeiten«.

Was haben wir daran zu kritisieren?

Nicht nur, dass man sich für 12 Jahre verpflichten muss, wenn man sich für ein Studium bei der BW entscheidet, man muss sich auch darüber bewusst werden, für wen man arbeitet. Schon die Geschichte dieses Vereins spricht Bände: Nur sechs Jahre nach Ende des 2. Weltkriegs startete man den Wiederaufbau einer deutschen Armee. In den ersten Jahren waren die meisten Soldaten ehemalige Offiziere der Wehrmacht, den Namen »Bundeswehr« erhielten die deutschen Streitkräfte von Ex-Wehrmachtsgeneral Hasso von Manteuffel. Die BW setzt die Kontinuität deutscher Kriegsführung kaum gebrochen fort.

»Befehl und Gehorsam«

Die BW ist kein normaler Arbeitgeber im eigentlichen Sinn. Wenn du bei einem herkömmlichen Job keine Lust auf irgendeine Art von Arbeit hast, wirst du schlimmstenfalls gefeuert, beim Bund kommst du erstmal eine Weile hinter Gitter. Auch wenn es immer wieder so propagiert wird, es ist eben keine normale Lohnarbeit in der BW: Es ist noch schlimmer!

Der Soldat und die Soldatin bekommen keinen Lohn für ihre Arbeit, sondern vergleichbar mit BeamtInnen einen Sold. Da sie im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, unterliegen sie strengeren Regeln als eine »normale ArbeitnehmerIn«. Das bedeutet z.B., dass eine Soldatin weder selbst kündi-

gen noch gekündigt werden kann, da kein vertragliches Arbeitsverhältnis besteht.

Jegliche Fehler wie »Befehlsverweigerung« oder Nichterfüllung der Aufgaben werden strenger geahndet & ziehen schwerwiegendere Konsequenzen nach sich, als beim normalen Bürojob. Hierarchische Strukturen spielen eine ganz andere Rolle. Zu Beginn befindet man sich am untersten Ende der Befehlskette & es gibt dort garantiert keinen Platz für eigene Ideen, es gilt das Prinzip von »Befehl & Gehorsam«.

Und sonst so?

Die BW als Institution ist ein Faktor dafür, wie sich Staat & Nation, sprich Herrschaft und ausschließender Kollektivismus, in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung reproduzieren. Sie ist ein wichtiges Machtmittel, die bewaffnete Versicherung auf die Souveränität des deutschen Staates.

Indem ein Staat seine Grenzen bestimmt, sie bewaffnet, sichert und mit einer Multi-milliarden-Euro-Armee notfalls auch verteidigen kann, definiert er, wer dazugehört & wer nicht. Dieser ausschließende Kollektivismus gehört zur Gestalt jeder Nation. Er intensiviert sich durch den Gedanken der Schicksalsgemeinschaft.

Schicksalsgemeinschaft deswegen, weil alle Menschen, die im selben Staat leben, zuzusagen für die Nationalökonomie an »einem Strang ziehen müssen«. Nationale Betriebe müssen erfolgreich sein (Import, Export,...), damit der Staat sich in der Weltmarktkonkurrenz behaupten kann. Die BW agiert international, einerseits um den Zugang zu Rohstoffen nachhaltig zu sichern, andererseits um politische Ziele zu verwirklichen & damit neue Absatzmärkte zu schaffen. Die Intervention in Afghanistan hat zwar auch ansatzweise demokratische Verhältnisse hervorgebracht, aber schlicht aus dem Grund, dass es sich mit diesen leichter handeln lässt als mit marodierenden Warlordhorden.

Der Iran dagegen ist auch ohne Menschenrechte & bürgerliche Demokratie ein verlässlicher Handelspartner für die deutsche Wirtschaft, weshalb eine militärische Intervention dort nicht nur unnötig ist, sondern den wirtschaftlichen Beziehungen sogar schaden würde. Und im Sudan, als beliebiges Beispiel für Länder, an denen die BRD keinerlei ökonomische oder politische Interessen hat, gibt es auch keine (militärische) Intervention, um die Situation vor Ort zu stabilisieren oder demokratische Mindeststandards als Grundlage für wirtschaftliche Beziehungen zu etablieren.

Am Beispiel BW lässt sich gut veranschaulichen, wie das System, in dem wir leben, funktioniert. Es beruht auf Ausschluss und Konkurrenz, Zwang & der Freiheit, diesem Zwang nachzugehen. Genug Gründe, der BW den Mittelfinger zu zeigen, anstatt für sie zu arbeiten!

Bundeswehr als Arbeitgeber?

NEIN DANKE



Die Charité und der Krieg

Dass medizinisches Handeln der Kriegsbegeisterung kaum je im Wege steht zeigte die Berliner Charité im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Charité 300«. Dort hatten Uniklinikum & BW gemeinsam zur Konferenz »300 Jahre Charité & Militärmedizin« ins BW-Krankenhaus geladen. Anlaß war der »Roll Out« des »mobPhysioLab«, eines »mobilen Labors, das prinzipiell an jedem Ort der Welt eingesetzt werden kann« und deshalb von hoher praktischer Bedeutung für militärische Einsätze ist.

Der politische Wille zum Krieg wird gern als Sachzwang präsentiert. So begrüßte Manfred Gross, Prodekan der Charité, die etwa 100 Zuhörer aus Medizin, Wissenschaft, Militär und Bundestag mit der Feststellung, daß glücklicherweise die »Einsicht in die Notwendigkeit militärischer Präsenz« in Berlin gestiegen sei. Vom Medizinhistoriker Volker Hess wurde die lange Tradition der Militärmedizin der Charité als »Segen und Fluch« gewürdigt. Als »Klassiker« auf dem Gebiet der Erforschung menschlicher Leistungsfähigkeit in extremen Umwelten stellte Charité-Professor Gunga den Physiologen Nathan Zuntz (1847–1920) vor. Dieser Pionier der Feldforschung stellte ab 1914 seine gesamte Kraft in den Dienst des Krieges. So erforschte er wie lange ein Soldat marschieren kann, bevor er dehydriert, d.h. an Wassermangel stirbt.

Ein Vertreter des Instituts für Arbeits- und Umweltmedizin der BW nannte als einen Ursprung dieser Forschungseinrichtung die Erfahrungen mit panzerbrechender Munition, die abgereichertes Uran enthält, im Krieg gegen Jugoslawien. Das Institut sehe sich der »Entwicklung der BW zu einer Einsatzarmee« verpflichtet. Das entsprechende Konzept solle v.a. die Widerstandsfähigkeit in Auslandseinsätzen stärken.

Das vorgeführte Labor entpuppte sich als tarngrüner Container, der die Soldaten überallhin begleiten kann. Auf der Tür steht »Schockbekämpfung«. Besonderer Wert wird auf nicht-invasive und kontinuierliche Messung der Körperfunktionen gelegt, da man ja »nicht mit einem Verweil-katheder ins Arbeitsfeld« gehen könne, wie Oberfeldarzt Werner bei Präsentation des Labors launig bemerkte. Die Versuchsperson könne sich vom Container weg ins »Einsatzfeld« bewegen, da über Funk die »situative Analyse« der Herzfrequenz und anderer Daten möglich ist. Sie soll dem Einsatzleiter ein frühzeitiges Erkennen von Überlastungen möglich machen. Er soll stets wissen: »Wo ist mein Mann, wie geht es ihm, muß ich ihn zurückziehen«.

Anfangs hatte ein Redner betont, daß die Verwendung des Labors in Kriegsgebieten nicht geplant sei. Am Ende der Veranstaltung hatte diese Beschwichtigung noch die Überzeugungskraft eines Fisches auf dem Trockenen, der behauptet, er wolle nicht ins Wasser.

Solidarität mit Verurteilten im mg-Verfahren

nach dem 16. Oktober 2009...

...kam es in einer Reihe von Städten zu Soliaktionen mit den drei zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilten Antimilitaristen. In Berlin, Bremen, Düsseldorf, Hamburg und Marburg gingen mehr als 1000 Menschen gegen das Urteil auf die Straße. Weitere Aktionen gab es in Hannover, Stuttgart, Freiburg, Leipzig, Erfurt, Frankfurt am Main und Burg. Vielerorts wurden Transparente aufgehängt & Kundgebungen abgehalten. In Erfurt entzündete sich die Solidarität an DHL, in Burg wurde eine Polizeiwache und in Zürich das deutsche Generalkonsulat mit Farbbeuteln beworfen.

Das Solibündnis folgert aus dem Prozess und der großen Solidarität: »Trotz der aufgebauten Drohkulisse eines Sondergerichtes hat antimilitaristischer Widerstand in Deutschland während des Prozesses mehr Präsenz bekommen. In den vergangenen Jahren hat der Widerstand gegen Militäreinsätze und zivil-militärische Zusammenarbeit zugenommen. Der Protest gegen den Krieg wird wieder deutlich entschlossener & geschlossener geführt, ohne dass friedliche Proteste und militanter Widerstand gegeneinander ausgespielt werden konnten. Das haben wir auch an der Solidarität gemerkt, die aus ganz unterschiedlichen politischen Spektren kam.«

Die Anwälte kündigten Revision an, bis zur Entscheidung darüber bleiben die 3 unter Auflagen in Freiheit.

[einstellung.so36.net]

Husum: Prozess gegen Militärzugblockade

1. Dezember 2009

Februar 2008 kettete sich eine Aktivistin in Husum an die Gleise, um einen Transportzug der Bundeswehr auf dem Weg zum Übungsmanöver der NATO-Response-Forces zu stoppen. Der Zug wurde dadurch für mehrere Stunden aufgehalten. Nun steht sie wegen »Nötigung und Störung öffentlicher Betriebe« vor Gericht. Nach fünfständiger Verhandlung wurde der Prozess aufgrund eines Befangenheitsantrags vertagt. Eine Kletteraktion am Eingang des Gerichts & Transparente, »MarsTV« fragt, warum es auf der Erde noch Armeen gibt. Im Gebäude tauchten justiz- und militärkritische Aufkleber auf, der Gerichtssaal war mit Luftballons & Konfetti verschönert. Bereits in den Vortagen gab es viele Aktionen. Neben Kundgebung & Raddemo engagierten sich Unbekannte des Nachts: In der Innenstadt hingen BW kritische Banner, die auf den Prozess hinwiesen. Am 29. lassen Poster in Sprechblasenform die Schaufensterpuppen gegen die BW zu Wort kommen. »Die vielen Begleitaktionen haben mir Mut gemacht und mich darin gestärkt, weiter zu kämpfen.«

Ankara: Festnahmen auf Verweigerer-Demo

6. Januar 2010

Auf einer Soli-Demo für den Kriegsdienstverweigerer Enver Aydemir, der im Militärgefängnis gefoltert worden war, griffen die Cops an & verhafteten 23 Menschen. Rund 100 Beamte umzingelten die mehrheitlich aus AnarchistInnen bestehende Demo und prügeln sofort auf sie ein. Auf der Wache wurden die Festgenommenen unter Einsatz massiven physischen Drucks gezwungen vorgefertigte Stellungnahmen zu unterschreiben. Daraufhin entscheiden sie sich, im Weiteren zu schweigen. Nach 24 Stunden & einem Verhör durch die Staatsanwaltschaft konnten alle bis auf einen wieder gehen. Volkan Sevinc droht bis auf Weiteres in Haft zu bleiben.



Ihm wird vorgeworfen, das als illegal erachtete Treffen geleitet zu haben und im Besitz eines Messers gewesen zu sein. Als er in den Knast gefahren wird, werden vor dem Gericht Sprechchöre laut: »Rebellion, Revolution, Anarchy«. Am Tag darauf zieht eine Demo durch Ankara, die die Freiheit der antimilitaristischen Gefangenen fordert. Immer wieder sitzen in der Türkei Kriegsdienstverweigerer lange Haftstrafen ab. Dabei kommen sie vom Militär- ins zivile Gefängnis & zurück, Verweigerung ist in der Türkei 100% illegal. Es ist nicht das erste Mal, dass eine Soli-Demo von den Cops dazu genutzt wird, den nächsten Kriegsdienstverweigerer einzusperren.

Zur Unterstützung von Volkan Sevinc gibt es ein Solidaritätsschreiben auf:

[ahaligazetesi.org]

Berlin: Buchladen gerazt

2. Oktober 2009

Ein bisschen jedenfalls suchten mehrere Staatsanwälte, acht LKAler und 15 Beamte im Buchladen »Schwarze Risse« den allseits beliebten Schulterklappen-Guide »Feinderkennung, eine Gebrauchsanleitung für den Alltag«, da darin »zu verschiedenen auch schweren Straftaten zum Nachteil von Bundeswehrangehörigen, Körperverletzungshandlungen & Brandstiftungen aufgerufen wird«. Nach kurzer Zeit haben die Beamten sechs Exemplare in Händen und ziehen sich damit zurück.

Den Flyer gibt es zum runterladen bei

[einstellung.so36.net/de/1602]

Berlin: Strasbourg-Soli

24. November 2009

Vorm Autohaus in Lichtenberg brennen 4 Citroen. In einer Erklärung heißt es, dies sei eine »reaktion auf die verurteilung von zwei gefangenen gegen das nato treffen im april dieses jahres in strasbourg zu drei und vier jahren knast. sie wurden aus generalpräventiven erwägungen stellvertretend verurteilt, um gemeinsame soziale kämpfe für die zukunft zu verhindern. revoltten mit der massenhaften beteiligung verschiedenster menschen, davor hat der staat eine schießangst, sie sind nicht kalkulierbar wie etwa demonstrationen, aus diesem grund verfolgen die repressionsorgane auch in griechenland - conspiracy of the cells of fire, italien - 200 jahre knast wegen der riots in genua 2001 - oder hier die jugendlichen, die wegen 1.mai konstruierten molliwürfen eingeknastet sind.«

[directactionde.blogspot.com]

Hannover: Freispruch für Antimilitaristen

2. Dezember 2009

Am 2. Verhandlungstag wurde ein Aktivist vom Vorwurf der Körperverletzung freigesprochen. Er soll beim Gelöbnis in Rheine einen Feldjäger geschlagen haben. Die geladenen Zeugen - Bulle und Feldjäger - konnten sich nicht einigen, wie die Tat abgelaufen sein soll. Drum: Freispruch.

USA: Black POW verhaftet

22. Januar 2010 - unterwegs im Zug

Aufgrund eines politischen Telefonats mit einem Freund wurde der frühere Kämpfer der Black Liberation Army und Anarchist Ojore Lutalo im Amtrak-Zug auf dem Weg von der anarchistischen Buchmesse, wo er einen Vortrag gehalten hatte, zurück nach New Jersey verhaftet. Er habe den »öffentlichen Verkehr gefährdet«. Seine Kautionswurde auf 10.000 Dollar festgesetzt.



Ojore Lutalo wurde 1977 und 1982 für die Enteignung von Geld von einer Bank und einem Dealer zur Finanzierung revolutionärer Aktivitäten eingesperrt & ist weithin als Prisoner of War, als Kriegsgefangener anerkannt. Er war erst im August 2009 aus der Haft entlassen worden.

[denverabc.wordpress.com]

Veranstaltungsreihe zur Kriegsdienstverweigerung in Medellin/Kolumbien

5.-11. Februar 2010

Seit wenigen Wochen ist es in Kolumbien möglich, den Kriegsdienst zu verweigern. Die Gruppe Red Juvenil Medellin setzt sich für die tatsächliche Umsetzung dieser Möglichkeit in dem seit Jahrzehnten vom Krieg zwischen verschiedenen militärischen und paramilitärischen Kräften zerrütteten Land ein. »Wir sind in erster Linie KriegsdienstverweigerInnen, lehnen Militär und Armee ab, aber wir versuchen auch die sozialen und ökonomischen Ursachen der Konflikte zu sehen & mischen uns ein. Wir kämpfen gegen transnationale Konzerne sowie die allgemeine Ungerechtigkeit und Diskriminierung in unserem Land.« Anfang Februar wird eine Aktivistin der Gruppe Nürnberg, München, Nottuln, Bremen und Offenbach besuchen und über den Kampf der KDV in Kolumbien berichten.

[redjunvenil.org]

UK: Verweigerer aus Krieg in Afghanistan droht Haft

Joe Glenton trat 2004 der britischen Armee bei. 2006 wurde er nach Kandahar, Afghanistan, verlegt. Armee und Politiker hatten immer behauptet, britische Soldaten seien zum helfen dort. Glenton war geschockt, wie stark die Soldaten von den Menschen in Afghanistan abgelehnt werden.

Beschämt und ernüchtert verläßt er 2007 unerlaubt seine Einheit. Zwei Jahre später stellt er sich & macht seine Verweigerung bei einer Demonstration öffentlich. Darauf hin wird er wegen Desertion & mehrfacher Befehlsverweigerung angeklagt, was ihm 10 Jahre Haft einbringen kann. Joe Glenton wurde im Dezember 2009 auf Kautions freigelassen. Der Prozess vorm Militärgericht findet am 29. Januar statt.

Ehrenmal Berlin: DFG-VK will feiern gegens Töten

Tag Y – seid bereit

Seit Januar ruft die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen dazu auf, am Tag Y den Tod »gefallener« Soldaten mit einem Sektumtrunk am Ehrenmal der BW zu feiern. Das sorgte umgehend für Turbulenzen. Der Wehrbeauftragte des Bundestages Reinhold Robbe klagt der BILD-Zeitung sein Leid. Die Kampagne treffe »jeden Soldaten ins Herz«.

Das sei »genau die erwünschte Wirkung. Seit Anfang letzter Woche hat unsere Ankündigung, die als Offener Brief an die Soldaten formuliert ist, die Soldatenforen im Internet erreicht. Es ist gut, wenn unsere Kampagne ihnen klarmacht, dass sie ein schändliches Handwerk für eine schändliche Sache betreiben.«



Finden Sie es nicht geschmacklos, den Tod von Menschen zu feiern?

»Die Geschmacklosigkeit ist am Ehrenmal selbst angelegt: Der Tod eines Soldaten wird vom Staat benutzt, seine Kriegspolitik zu rechtfertigen. Bei der Einweihung hat Bundespräsident Köhler klargestellt: Das Ehrenmal solle zeigen, dass Bundeswehreinsätze alternativlos sind. Den Soldatentod nutzen sie für ein »Weiter so« - um noch mehr Tote zu produzieren. Diese Geschmacklosigkeit drehen wir um & reiben sie der Gesellschaft unter die Nase.

Gleichzeitig wollen wir dem Militär in die Parade fahren: Es gibt nichts zu heroisieren. Klar: Soldaten sind Kanonenfutter. Aber sie sind auch Täter. Sie bringen in Afghanistan Menschen um oder helfen dabei. Es gibt nichts, was am Militär gefeiert werden kann, außer seiner Abschaffung.«

[bamm.de]

Ausstellung & mehr zu »Deutschland im Krieg«

4.2. - 29.4. Richardstr. 104

Die Galerie Olga Benario (Berlin) zeigt Friedensplakate der letzten Jahrzehnte. Dazu gibt's eine Veranstaltungsreihe zu Kriegseinsätzen der BW seit 1999, Einsatz der BW im Innern, BW-Rekrutierungspraxis, die Militarisierung der EU, sowie aktuelle Ziele und Kampagnen der Friedensinitiativen.

[galerie-olga-benario.de]

7. Strategiekonferenz der Kooperation für Frieden

Motto dieses Mal ist »Militarisierung nach innen und außen« - vom Kriegseinsatz der BW bis zur zivil-militärischen Zusammenarbeit. Oder: Wie die Militarisierung der dt. Gesellschaft auf leisen Sohlen über »neue Sicherheitsstrukturen« und »netzwerkzentrierte Kriegsführung« voran schreitet.

[koop-frieden.de]

Film & Vorschlag zu einer Kampagne beim RIB

13. Februar 2010 - Freiburg

Das Rüstungsinformationsbüro will bei ihrer Vollversammlung den Film »Allein gegen die Waffenindustrie« zeigen und über eine neue Anti-Rüstungsexport-Kampagne diskutieren. Infos dazu bei [rib-ev.de]

Bericht der imi-Konferenz in Tübingen jetzt online

Wie nicht anders zu erwarten war, kamen beim Kongress der Informationsstelle Militarisierung am 20.-22. November wieder hochspannende Dinge zur Sprache. Festgenagelt unter der Überschrift »Sicherheitsarchitektur im globalen Ausnahmezustand« wurden aktuelle Entwicklungen im Militär abgeklopft - samt der Versuche derselben, sich die verschiedensten gesellschaftliche Bereiche einzuverleiben oder zumindest dienstbar zu machen.

[imi-online.de/2009.php?id=2052]

3. Treffen: Aktionen gegen den »Kieler Trialog 2010«

Seit 2007 treffen sich hochrangige EntscheidungsträgerInnen aus Wirtschaft, BW und Politik im niedersächsischen Celle zum sog. Celler Trialog. Dieser versteht sich als nationales Pendant zur Münchner Sicherheitskonferenz. Initiiert wurde das »Diskussionsforum für Außen- & Sicherheitspolitik« vom Aufsichtsrat der Commerzbank K.P. Müller & Kriegsministerium. Ziele sind u.a.

- die »Vertiefung des Dialogs zwischen BW und Gesellschaft«,
- die Einschleusung von ReservistInnen in Industrie & Forschung,
- Stärkung des »sicherheitspolitischen Dialogs in Forschung und Lehre«.

Der Celler Trialog findet im Sommer 2010 erstmals in Kiel statt, da die bisherige Partnereinheit des Treffens, die 1. Panzerdivision, sich auf einen Auslandseinsatz in Afghanistan vorbereitet. In Kiel sollen bewußt Brücken zur Kriegsmarine & der maritimen Rüstungsindustrie geschlagen werden. Die nächsten Treffen des Antimilitaristischen Bündnisses finden am 2. & 16. Februar um 19.30 im Club M, Stadtfeldkamp 22 statt.

[kein-trialog.so36.net]

Am Ende ein Gruß...

An alle, die es sich auch dieses Jahr nicht nehmen ließen gegen die Sicherheitskonferenz in München in Wallung zu kommen. Leider ist die Panzerknackerin mal wieder schlecht im Timing - zu spät zum Werben, zu früh zum Berichten über die Proteste. Aber im Herzen sind wir bei euch gegen den fiesen Möp und eisige Temperaturen.



...und tschüß!